

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierjährlich 1.50 M. Einzelne Preise die gespalt. Colonialzelle für Arbeitsgerüste 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

## Vorwärts!

Keiner kann im leichten Spiel dieses Lebens Preis erjagen; fest ins Auge faß dein Ziel, bis die Pulse höher schlagen und sich dir an Fuß und Hand wieder straff die Sehne spannt!

Und so wandte Schritt vor Schritt den Gefahren lärm entgegen; doch das Haupt und fest den Tritt und im Herzen Gottes Segen, auf der Stirn dem Kampfes Schweiß, so gewindest du den Preis.

## Weiter vorwärts, den 50 000 entgegen!

Erfreulich für jeden christlichen Metallarbeiter waren die Erfolge und Fortschritte unseres Verbandes im Jahre 1910. Die aufstrebende Entwicklung des Wirtschaftslebens weckte wieder neuen Mut und neue Tatkraft in den Reihen unserer Kollegen und mit Begeisterung trugen sie die Ideen der christlichen Gewerkschaftsbewegung in immer weitere Kreise der Metallarbeiterchaft. So konnten wir denn neben den großen Erfolgen materieller und ideeller Art am Jahresende auch eine bedeutende Vorwärtsentwicklung unseres Verbandes selbst konstatieren. Ein Zuwachs von 10 000 neuen Mitgliedern! das war das ermutigende Resultat unserer Arbeit im Jahre 1910. 34 000 Mitglieder zählten wir zu Beginn dieses Jahres; dank der freudigen und tatkräftigen Aufklärungs- und Agitationsarbeit unserer Kollegen sind es nunmehr bereits runt

### 42 000 Mitglieder

geworden. Fürwahr ein erfreulicher Erfolg. Das gleiche dürfen wir auch von unserer Gesamtbewegung sagen; überall eine starke Vorwärtsentwicklung: Unser christliche Gewerkschaftsbewegung marschiert dem vierten Hunderttausend Mitgliedern entgegen!

Dieses Erstarken unserer Bewegung hat im Lager unserer Gegner eine große Erregung wachgerufen. Das zeigt so recht das Gebaren der sozialdemokratischen Presse. Kein Tag vergeht, an dem hier nicht bald unser Verband, bald einer oder mehrere unserer Brüderverbände, bald in Buch und Bogen unsere Gesamtbewegung in der schärfsten und unehrenhaftesten Weise beschädigt und angegriffen werden. Auch im Lager der Scharfmacher ist man nicht milchtig. Eine starke christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung ist ja das größte Hindernis für die erfolgreiche Betätigung scharfmacherischer Männer. Mit allem Eifer suchen sie deshalb die sich in letzter Zeit in bedauerlicher Weise häufenden sozialdemokratischen Terrorismusfälle zur Propagierung einer generellen Unterbindung gewerkschaftlicher Vereinigungsfreiheit durch die Gegebenheit auszunutzen. Dass da auch die Gelben die günstige Gelegenheit benutzen, um durch Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften ihre „zähliche“ Rückgratlosigkeit zu erweisen, ist weiter nicht verwunderlich. Alle diese Gegner versuchen nur das eine Ziel, den Fortschritt unserer Bewegung um jeden Preis und mit allen Mitteln aufzuhalten.

Das soll ihnen für die Folge gerade so wenig gelingen, wie es ihnen bisher gelungen!

### Wir marschieren!

Und eine vorwärtsstürmende Truppe kampferprobter Männer lässt sich durch keinerlei feindlich Geplante und Getäff in ihrem Vormarsch aufhalten. „Vorwärts, weiter vorwärts“ sei deshalb unsere Parole. 8000 neue Mitstreiter für unsere Ideale, für die soziale und wirtschaftliche Erhebung unseres Standes gewinnen: die Tausende, die Hunderttausende, die heute noch absitsen. Und wenn wir ehrlich wollen! wir, d. h. ein jeder von uns den rechten tatkräftigen Willen hat, dann braucht uns um den Erfolg nicht zu bangen.

Ein jeder von uns muß mitarbeiten — denn einem jeden von uns kommt auch der Erfolg der gemeinsamen Arbeit zugute. Ein jeder kann aber auch mitarbeiten. Mit einem eisernen Willen und einem festen Entschluß bringt der Mensch alles zuwege. „Nicht an Kraft fehlt es dem Schwächling, sondern ihm fehlt der Wille“. Welcher unserer Kollegen würde sich aber zu leichten zählen? Nunwohl, dann an die Arbeit! Wie viele unorganisierte gibt's da noch aufzufüllen. War's auch bislang vielleicht vergebens: „Steter Trocken höhlt den Stein“. Wir stehen jetzt mitten in einer Periode erfolgreicher und erfolgverheizender wirtschaftlicher Kämpfe in der Metallindustrie: wie leicht ist es da, die Gleichgültigen aufzurütteln und sie an ihre Pflichten zu gemahnen; wie günstig auch die Gelegenheit, diejenigen Kollegen, die noch nicht mit ganzem Herzen bei der Sache sind, aufz neue für unsere große Sache zu erwärmen und zu begeistern und sie zu freudigen, opferwilligen und tapferen Mitstreitern zu machen.

Wenn wir schon allein

die materiellen Erfolge unserer Arbeit vom vergangenen Jahre, wie sie in der Nr. 21 unseres Organs zusammengestellt wurden, betrachten, so

müssen wir gestehen: „Es lohnt sich, christlich organisierter Metallarbeiter zu sein!“ lieber eine halbe Million Mark mehr an Lohn und 141 986 Stunden Arbeitsverkürzung, das sind Errungenschaften gewerkschaftlicher Arbeit, die sich sehen lassen dürfen. Damit waren aber die Erfolge materieller Art für unsere Mitglieder noch lange nicht erschöpft. Abwehr von Abschlägen von 5—10%, Abschlag für Überstunden von 25—50%, Bezahlung von Fehltag, vorherige Vereinbarung der Altkordpreise, Stellen von Hülfsarbeitern, Einhaltung der Pausen, Einrichtung von Ventilation, Einführung von Arbeiterausschüssen, Wiebereinstellung gemachtgelegter Arbeitskollegen, bessere Behandlung seitens der Vorgesetzten, Verbesserung der Arbeitsordnung usw. sind Errungenschaften gewerkschaftlicher Arbeit, die sich nicht in Zahlen wiedergeben lassen.

Aber auch

### große ideelle Güter

verbausen wir unserm christlichen Metallarbeiterverband. Unser Verband war es, der uns christlich und national gesinnete Metallarbeitern die notwendige Elbogenfreiheit schuf, uns als gleichberechtigte Bürger im Staate und in der Gesellschaft zu betätigen. Welch ein Elendasein führt die Arbeiterschaft gerade in dieser Hinsicht in den roten Domänen frei und unabhängig in Ausübung ihrer Rechte und in der Tätigkeit ihrer Pflicht als Christ, Staatsbürger usw. Hingegen stehen die Kollegen da, wo unsere christliche Gewerkschaftsbewegung erstarkt. Achtung haben wir uns dort erzwungen und unsere Mitarbeit wird geschätzt. Das sind Erfolge, die uns mit Beständigkeit erfüllen dürfen und zur Weiterarbeit aufzumuntern müssen. Der Erfolg gab unseren Ideen Recht; mögen deshalb die Körger von rechts und links weiter nörtern; — wir arbeiten!

Unser Verband hat den Beweis seiner Tatsächlichkeit erbracht, ja Notwendigkeit für die Metallarbeiterchaft erbracht. Es beweist Durchschlagskraft bei der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, er hat seine Mitgliedschaft zu einer opferwilligen, wohldisziplinierten Kampfvereinigung erzeugt; kurzum, er hat den Fähigkeitsnachweis als moderne Arbeitergewerkschaft glänzend erbracht. Und daß ihm auch die Werkstatt nicht mangelt, das behunden die Fortschritte in den letzten 1½ Jahren. Wohlan, so schreiten wir weiter fort! Ihr Fachstellenvorstände, ihr Vertrauensmänner, ihr Mitglieder alleamt, an die Arbeit! Wenn wir alle wollen und mit Entschiedenheit unser Wollen in die Tat umsetzen, dann muß es uns gelingen, unsere Position zu erweitern, sie zu einer festen, unbezwinglichen Schutz- und Trutzfest für die gesamte christlich-nationale Metallarbeiterchaft zu gestalten. — Und das wollen wir! Deshalb vorwärts! dem 50 000sten entgegen! — und dann

weiter, unaufhaltsam weiter!

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

In unserem Bericht über den Arbeitsmarkt müßten wir in erster Linie eine Verschlechterung konstatieren. Der Stand der Industrie ging mit ihr Hand in Hand. Nach den uns jetzt vorliegenden Berichten wäre es aber voreilig, von einer dauernden Abwärtsbewegung im Wirtschaftsleben zu sprechen, speziell für unsere Industrie haben sich in der Berichtszeit die Umstände wieder günstiger gestaltet. Die Aufwärtsbewegung in der gesamten Volkswirtschaft auch in diesem Jahre ist nicht zu verkennen; wenn auch Rückschlüsse in den einzelnen Industrien nicht zu leugnen sind. Doch die Gesamtrendenz sich in steigender Linie bewegt, wird am deutlichsten durch die Einnahmen der Eisenbahnen im ersten Halbjahr 1911, verglichen mit denen der gleichen Zeit des Vorjahres, illustriert. Die Einnahmen im Güterverkehr betragen insgesamt 955,11 Mill. M. d. J. 75,61 Mill. M. oder 8,8% mehr als im ersten Halbjahr 1910; gegen 1909 beträgt die Beförderung 124,22 Millionen Mark oder 14,9%, und gegen 1908 122,11 Millionen M. oder 14,5%. Für die Lage der einzelnen Industrien dürften diese Zahlen aber nicht zur Beurteilung dienen. Wir haben ja gerade in der Metallindustrie ein typisches Beispiel dafür, daß der Verband und die Produktion Rekordziffern erreichen können während die Preisbildung eine ganz ungünstige ist.

Die unsichere Lage in der Metallindustrie dürfte ein gut Teil gehoben werden durch die nunmehr zu einem gewissen Abschluß gelangten Verhandlungen des Stahlwerksverbands. Der Bestand dieses Verbandes dürfte gesichert sein. Trotz der optimistischen Stimmen, die vielfach über dessen Fortführung zu hören waren, sind offenbar die zu überwindenden Schwierigkeiten nicht gering gewesen. Die Besetzung, die s. J. getroffen worden war, daß eine Aenderung der Zahl der Gesamtteilnahme als auch der Einzelbeteiligung nicht erfolgen dürfe, hatte fast die Verhandlungen zum Scheitern gebracht. Die Oerthofstrümpfchent in Oberhausen verlangte eine Erhöhung ihrer jetzigen Drote von 80 000 Tonnen um die Hälfte, stieß aber damit auf heftigen Widerstand. Es handelt sich nun darum, eine Lösung zu finden, die — wenngleich formell — eine Veränderung der Quotenanteile nicht bedingt. Und so hat man dann beschlossen, daß das Werk von anderen Werken Teile übernimmt und für jede Tonne eine bestimmte Summe als Abfindung bezahlt. Mit der Mathildenhütte, die ebenfalls Sonderforderungen stellt, wurde eine Vereinbarung erzielt. Mit den lothringisch-luxemburgischen Gruppen ist ebenfalls ein Abkommen zustande gekommen, sodaß nun ein allgemeines deutsches Roh-

an der Stelle wurde schon einmal von der Bedeutung Marokkos als erreiches Land gesprochen. In der gleichen Sache bringt das Centralblatt für Hütten und Walzwerke einen Artikel, der sich mit dem Gegenstand näher beschäftigt. Die Weltproduktion und damit die Bedeutung der möglichen Erzgewinnung gibt folgende Statistik. Die Rohstoffengewinnung betrug:

| (In Tons zu 1016 kg.) | 1908       | 1909       | 1910       | Zunahme 1910 geg. 1909 |
|-----------------------|------------|------------|------------|------------------------|
| Vereinigte Staaten    | 15 936 018 | 25 795 471 | 27 298 545 | 1 503 074              |
| Deutschland           | 11 813 511 | 12 917 658 | 14 793 325 | 1 875 672              |
| Großbritannien        | 9 289 840  | 9 664 287  | 10 216 745 | 552 458                |
| Frankreich            | 3 344 145  | 8 544 828  | 4 032 459  | 487 821                |
| Italien               | 2 751 000  | 2 817 000  | 2 955 000  | 139 000                |
| Österreich-Ungarn     | 1 952 750  | 1 947 300  | 1 990 684  | 48 384                 |
| Belgien               | 1 182 311  | 1 632 350  | 1 803 500  | 171 150                |

Weltproduktion . 48 174 788 60 365 780 65 607 788 5 542 008

Deutschland steht bemerkbar an zweiter Stelle. Es bezieht circa 4 Millionen To. Erze aus dem Auslande, 1909 im Wert von 126 Mill. M. Bei dieser Einfuhr ist Algerien bereits mit 4 Mill. M. beteiligt, im übrigen kommt Spanien und Schweden in erster Linie in Betracht. Die Gesamtgewinnung betrug um das Jahr 1909 in Großbritannien 14 214 Tonnen, Deutschland 17 964, Frankreich 5 218, Russland 4 900, Schweden 2 811, Spanien 8 882, Vereinigte Staaten von Amerika 36 007, das übrige Amerika 2 800, Afrika 4 000, Asien 3 000 und in Australien 2 200 To. Da sich die Rohstoffproduktion rapid vermehrt, so ist die Möglichkeit des Erzbezuges eine Lebensfrage, besonders da man die Zeit wohl absehen kann, in der der Erzganger ein geringeres Ergebnis abwerfen müssen. Aus diesem Gedankengang fordert das erwähnte Blatt „offene Türe in Marokko“.

Im Stahlwerksverband ist zur Wiederholung wieder einmal ein Antrag auf Erhöhung der Beteiligungsziffer an Stahl- und Walzwerk eingelaufen. Was die Firma Gebr. Stumm in Neunkirchen an der Saar eigentlich damit beabsichtigte, ist nicht ganz klar. Alle Anträge dieser Art wurden doch zurückgewiesen bezügl. zurückgezogen. Der Antrag der Stummischen Werke machte hierzu keine Ausnahme — er wurde abgelehnt, und obgleich er eine gewisse Berechtigung hatte. Es ist ja keine Frage, daß die meisten Werke Produktion und Absatz forcieren, um eine möglichst hohe Beteiligungsziffer zu erwlangen, daß sie um diesen Preis die Beteiligungsziffer übergeschritten und die Abgabe mit 23 M. an den Verband (pro To.) entrichteten. Dabei ist es nur zu vermuten, daß der Markt bei allerdringlich sehr gedrückten Preisen aufnahmefähig geblieben ist, in der letzten Zeit haben sogar die Preise für Stahlseisen wieder etwas angezogen. Es ist unzweifelhaft, daß eine gewisse Stetigkeit wieder erreicht — und doch damit die augenblickliche Nachfrage noch vermehrt wird, aus Besorgnis, die Preise möchten weiter steigen. Wie die Frankl. Btg. zu berichten weiß, soll auch die Errichtung eines Stahlwerksverbandes geplant sein. Zedenfalls dürften die Gegner der früheren Stahlseisenkonvention eingesehen haben, daß ihnen die mahllose, unregelmäßige Konkurrenz nur wenig Vorteile bietet.

Der Bericht des Stahlwerksverbandes über den gegenwärtigen Stand der Industrie lautet günstig. Der Halbzugsmarkt ist befriedigend, die Nachfrage ist lebhaft, wenn auch, wie der Bericht des Verbandes sagt — von den Verbrauchern über unbefriedigende Preise geklagt wird, d. h. die Verbraucher sind unzufrieden mit der Preispolitik des Stahlwerksverbandes, der den Preis für Halbzug nicht herabgesetzt hat, obgleich die Bergbauindustrie zu bedeutenden Preissubventionen hat schreiten müssen. Auf dem Walzseitenmarkt ist übrigens eine leichte Besserung zu verzeichnen. Das Geschäft in Trägern ist bei der lebhaften Bautätigkeit durchaus zufriedenstellend. Schwerer Überbaubedarf ist ziemlich gefragt — besser, als man erwartet hatte. Recht lebhaft ist der Markt in Bignol und Stahlseisen; auch in Formen herrscht vom In- und Ausland recht lebhafte Nachfrage. In Groß- und Feinblech ist das Geschäft gut, die Ausfuhr bei letzteren allerdings etwas schwieriger infolge der preisdrückenden belgischen Konkurrenz. In Walzdruck herrscht nach der Heraufsetzung des Preises um 7,50 M. ein gutes Geschäft, die Werke sind voll beschäftigt. Ob die an die enorme Heraufsetzung der Preise gehofften Hoffnungen sich erfüllt haben, lasse ich dahingestellt. Auf dem Markt in gezeugten Drahten und Drahtseilen hat sich nichts geändert — seit Auflösung der Konvention ist die Nachfrage äußerst schwach, obgleich die Preise einen Tiefstand erreicht haben, wie nie zuvor. Eine ähnliche Lage zeigt die Röhrenindustrie, nur daß hier die Werke gut beschäftigt sind, während nur die Preise ganz ungünstig sind.

Die Nachrichten vom belgischen Eisenmarkt laufen günstiger, man glaubt, daß der Tieftand überwunden sei; für die deutsche Industrie wäre das nur zu begrüßen, denn sie hatte unter der belgischen Konkurrenz schwer zu leiden.

Auch der amerikanische Eisen- und Stahlmarkt erholt sich nunmehr rasch. Die Nachfrage nach Rohrseisen ist stärker, wenn auch die Preise noch nicht befriedigend sind. Die Werke des Stahltrusts sind bis zu 71 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, einzelne Außenposten noch stärker. Nach dem Bericht des Stahltrusts für das 2. Quartal 1911 sind die Betriebsüberschüsse gegen das 1. Quartal nicht unbedeutlich gestiegen, bleiben aber gegen das 2. Quartal des Vorjahrs erheblich zurück. Die Betriebsüberschüsse in diesem Zeitungen 40 170 000 Tolleras während sie sich in

beim diesjährigen nur auf 28 108 000 Dollars mit hin 12 062 000 Dollars weniger belaufen. Im 1. Quartal 1911 stellten sie sich auf 23 619 000 Dollars, das Mehr in diesem Quartal beträgt also 2 589 000.

Schon des öfteren wurde an dieser Stelle auf die zunehmenden Fusionen hingewiesen, unter denen einige schärfere Beschränkungen aus den Reihen der Aktiendre erfaßt haben. Sie haben allerdings die Tatsache der Fusion nicht zu hindern vermocht. Dies ist aber der Opposition bei der geplanten Fusion — Buderussische Eisenwerke und Bergbau W.-G., Majzen — gelungen. Die Verwaltung der Buderussischen Eisenwerke hatte der Generalversammlung den Plan einer Fusion mit der Beche Massen vorge schlagen, die erforderliche Dreierstimme majorität wurde aber nicht erreicht und so stell der Antrag. Es ist ja schon längst das Bestreben der größeren Werke, sich einige Wohlzeichen zu verschaffen, um im Bezug des wichtigsten und ersten Rohstoffes vom Markt unabhängig zu sein. Die Generalversammlung sah aber die Notwendigkeit einer Angleichung der Beche nicht ein, zumal ihr der geforderte Preis viel zu hoch schien. Eine Frage wurde auf der Generalversammlung angeschnitten, die für jede Minorität von Aktiendre nicht unerheblich ist — es wurde nämlich die Theorie der Angewandt in der Werke getestet. Die Versammlung übernahm und unentwegt größerer Fonds verhinderte, daß Dividenden in einem dem tatsächlichen Ertrag des Werks entsprechenden Verhältnis verteilt wurden. Die Aktien der Buderussischen Eisenwerke gingen infolge dieser Maßnahmen an der Börse etwas zurück.

Eines Moments, das ja schließlich auch unsere Industrie nicht unerheblich berührt, möchte ich hier noch gedenken. Die politischen Krisengesetzte haben nicht vermocht, auf unser Wirtschaftsleben einen besonderen Einfluß auszuüben; dies ist vor allem der besonnenen und ruhigen Haltung der Börse zu verdanken; diese ging so weit, daß die in Frage kommenden Staatspapiere einen nur ganz geringen oder gar keinen Kursrückgang zu verzeichnen hatten — eine Erscheinung, die in ihrer Wirkung auf die Volkswirtschaft nicht unterschätzt werden darf.

## Der Arbeitsmarkt im Juni.

Unser Bericht vom Monat Mai konstatiert eine leichte Verschlechterung im allgemeinen, der gegenüber in der Metallindustrie noch eine starke Aufwärtsbewegung zu verzeichnen war. Die Lage hier hat sich nun auch der allgemeinen Tendenz anbezogen, d. h. sie ist eine ungünstigere geworden. Im Mai d. J. kamen auf 100 offene Stellen 178 Arbeitsgesuche, im Juni dagegen 188. Gegen den gleichen Monat des Vorjahrs haben wir allerdings eine Besserung zu vermerken; betrug doch da die Zahl der Arbeitsgesuche 221 auf 100 offene Stellen. Diese Zahlen beziehen sich auf männliche Arbeitskräfte. Für weibliche Arbeitskräfte ist die Verschlechterung noch deutlicher. Auf 100 offene Stellen kamen im Mai d. J. 111 Arbeitsgesuche im Juni dagegen 125. Wie auf dem Arbeitsmarkt für männliche Arbeiter so ist auch auf dem für weibliche eine erhebliche Besserung gegen den gleichen Monat des Vorjahres zu konstatieren, auf 100 offene Stellen kamen da 188 Arbeitsgesuche.

Im ganzen betrug die Zahl der Arbeitsgesuche in unserer Industrie 7658, die der offenen Stellen 966 und die der besetzten 888. Im Mai standen 1834 Arbeitsgesuchen 1053 offene und 827 besetzte Stellen gegenüber. Die Vermehrung der Arbeitsgesuche beträgt die enorme Zahl von 584, dem gegenüber haben die offenen und besetzten Stellen einen kaum nennenswerten Zuwachs erfahren, die ersten sogar einen Rückgang; er steht sich für diese auf 87, die Vermehrung der besetzten Stellen betrug nur 61. Das Bild, das uns der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie bietet, ist dieses Mal durchaus kein erfreuliches — es korrespondiert aber mit der allgemeinen Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Dieser ist wieder eine Kleinigkeit ungünstiger als im Vorvorjahr. Während hier auf 100 offene Stellen 144 Arbeitsgesuche kamen, so im Juni 146, im gleichen Monat des Vorjahrs betrug die Zahl 165. Aber nicht nur nach den Berichten der Arbeitsnachweise tritt die Verschlechterung hervor, sondern ebenso sehr nach denen der Krankenkassen. In 2537 Krankenkassen waren versicherungspflichtig abzüglich der erwerbsunfähig Kranken 3 531 068 männliche Mitglieder am 1. Juni und 3 527 105 am 1. Juli 1911. Darnach hat die Be-

schäftigungsziffer der männlichen Mitglieder um 3963 abgenommen. In den gleichen Kassen waren versicherungspflichtig weibliche Mitglieder am 1. Juni 1 504 770, am 1. Juli 1 480 833. Die Abnahme hier beträgt also 23 937. — Die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes ist um so auffallender, als er sonst im Juni — wenigstens für die männlichen Arbeiter — noch eine stets steigende Kurve zeigt.

## Über die Lage der Zechenmetallarbeiter.

Zu diesem Thema schreibt uns ein junger Kollege aus dem Mühlviertel:

In den letzten Jahren hat unser christlicher Metallarbeiterverband sich besonders auch um eine Berufsgruppe bemüht, die den Schuh und die Vorstelle der Organisation wohl mit am wichtigsten hatte. Es wäre demnach anzunehmen, die Zechenmetallarbeiter hätten ihre Situation erkannt und wären dem Verbande in Massen beigetreten. Dem ist aber leider nicht so. Wohl haben wir auf einer Seite von Zechen festen Fuß gesetzt, auch schon eine Anzahl besonderer Zechenmetallarbeiter-Sektionen bilden können, aber bis jetzt kann bisher der Anschluß der Zechenmetallarbeiter an unseren Verband nicht genannt werden. Und doch erscheint dieser Anschluß im Interesse des ganzen Berufes dringend geboten. Sehen wir uns zum Beweis dafür für heute die Arbeitsverhältnisse dieser Kollegen nur etwas näher an. Da wir zunächst ungeheuer viel über die Löhne geklärt. Der Lohn richtet sich hier nach den Beschäftigungsjahren; er steigt mit der Dauer der Beschäftigung, um nach Jahren einen gewissen Höchstlohn zu erreichen. Dieses Schenktieren der Löhne nach Beschäftigungsjahren ist schon bemerkenswert, weil die Gegner von Tarifverträgen dieses Systems in der Diskussion immer verwirren mit dem Einwand, der Lohn müsse nach der Leistung des einzelnen Arbeiters normiert werden. Wenn man aber die Löhne der Zechenmetallarbeiter, besonders derjenigen auf den älteren Werken, an den von ihnen geforderten Leistungen misst, muß man die Löhne als äußerst niedrige bezeichnen. Tüchtige erfahrene Arbeiter haben meist noch Löhne unter 4 Mark. Die Bergarbeiter, die von diesen Löhnen hören, können nicht begreifen, wie Schmiede und Schlosser sich damit abspeisen lassen. Der ungerührte Arbeiter wird auf den Zechen meist noch besser entlohnt, wie diese Handwerker.

Die ungenügenden Schichtlöhne zeitigen nun als weiteren Missstand das Überdurchschnittswesen. Dieses steht wohl nirgendwo so im Flor, wie bei den Zechenhandwerkern. Es gibt hier Kollegen, die monatlich 40 bis 42 Schichten im Lohnbuchle verzeichnet haben. 36stündige Schichten sind an der Tagesordnung; ja es gibt Kollegen, die sich deren von 48stündiger Dauer röhnen können. Dazu kommt dann noch die Arbeit an den Sonntagen. Wenn sich auch die Reparaturarbeiten an Sonntagen auf den Zechen nicht ganz beseitigen lassen, so ist Schreiber dieses doch aus eigener Ansicht zu der Überzeugung gelangt, daß in diesem Punkte weit über das Maß des Notwendigen hinausgegangen wird. Der Meister will seinen Leuten, die mit den zu niedrig stehenden Löhnen nicht auskommen können, einen Mehrverdienst zukommen lassen. Hätte der Gelehrte nicht die Bestimmung getroffen, daß der Arbeiter mindestens jeden dritten Sonntag frei haben muss, so würde mancher der Kollegen höchstens noch einen freien Sonntagnachmittag kennen.

Eine schwere und gefährliche Arbeit hat der Zechenmetallarbeiter zu leisten. In jede Menschenfalle muß er hinein, um notwendige Reparaturen auszuführen. Da ist eine größere Reparatur notwendig; eines Sonntags wird abgebaut, viel Zeit ist nicht zu verlieren, weil zu Beginn der Förderung wieder alles in Ordnung sein muß. Es kommt dann noch häufig vor, daß das neu einzubauende Stück nicht paßt; da gibt es erst recht ein Hasten und Fagen. Bedenkt man dabei noch, daß die Reparaturstelle gewöhnlich noch vor Schluß startet, so ist es erklärlich, daß es bei diesen Reparaturen fast niemals ohne Umglücksfälle und Verletzungen abgeht. Noch schlimmer geht es meist her, wenn während der Förderung an einem der Hauptbetriebspunkte ein Defekt entsteht. Da stehen wir, um nur ein Beispiel zu nennen, den Zechenjüngern jetzt schwierigster bei seiner Arbeit am Feuer und gleich darauf wieder draußen, den Unfällen des Wetters und der kalten Winterluft ausgesetzt. Mehr oder minder trifft dieses Beispiel gesundheitsschädlichen, plötzlichen Temperatur-

wechsels auch für die übrigen Zechenhandwerker zu. Der Handwerker ist kaum zur Stelle, da sitzt schon die drängende Frage auf ihm ein: „Wann ist das fertig?“ Wo nur etwas nicht recht klappert, für den Handwerker gibt's da keine Ruhezeit, seine Mittagspause, bis alles wieder in Ordnung gebracht ist. Zu alledem tragen die Arbeiter der Reparatur- und elektrischen Werkstätten, die Maschinen u. a. auf den Zechen eine große Verantwortung für ihre Arbeit.

Kurz und gut, schlechte Löhne und drohend der Verschärfung bedürftige Arbeitsverhältnisse. Die organisierte Metallarbeiterchaft hat in den Fabriken viele der Mitglieder schon längst beseitigt, unter denen die Zechenmetallarbeiter noch leben. Wir Zechenmetallarbeiter schulden es uns selbst, unserem Stande und unserer Familie, ein gleiches zu tun und das können wir durch Zusammenschluß im christlichen Metallarbeiterverband.

Nun gibt es aber unter uns noch Kollegen, die behaupten, die Arbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes für die Kollegen in den Fabriken sei fit für die Zechenmetallarbeiter zwecklos. Nichts ist verkehrt als diese Ansicht, denn, stellvertretend sich die Löhne der Metallarbeiter und Handwerker in den Fabriken und im Kleingewerbe, so müssen die Zechen mit ihren Metallarbeiterlöhnen unbedingt nachfolgen, sofern sie die notwendige Zahl von Arbeitern dieser Berufe erhalten wollen. Schön aus diesem Grunde haben wir alle Veranlassung durch unsern Betritt den christlichen Metallarbeiterverband zu stärken. Ohne Organisation kommen wir aber auch deshalb nicht aus, weil wir, ebenso wie die Bergleute, auf den Zechen noch manches durch direkte Bewegungen erfähren müssen. Wer wird uns in solchen Situationen unterstützen? Das kann doch nur eine starke Organisation, wie es der christliche Metallarbeiterverband ist.

Darum, Kollegen, treten wir in Massen dieser unserer Organisation bei; reichen wir uns die Hände zur solidarischen Kraftkämpfen Arbeit, zur Ehre unseres Berufs, zum Wohle unserer Familie und unseres ganzen Standes.

## Eines „wirtschaftsfriedlichen“ Hüttenarbeiters Erfahrungen mit der Dr. Tille'schen „Ethik des Betriebslebens“.

Zu diesem Thema sendet uns ein Kollege aus Saarablen eine Schilddung, die wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben — und ganz besonders den Kollegen in der schweren Industrie zur Beachtung empfehlen.

Der betreffende Kollege schreibt:

Herr Dr. Tille, Syndikus der Handelskammer, Generalsekretär des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrien, hat sich in Nr. 14 der von ihm herausgegebenen „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung“ einen Artikel geleistet über Ethik des Betriebslebens. Herr Dr. Tille verleiht in diesem Artikel der Ansicht Ausdruck, daß bei einem Arbeitgeber, dessen Arbeiter mit ihm (dem Arbeitgeber) auf dem Boden des „Wirtschaftsfriedens“ stehen, d. h. vom Organisationsrecht keinen Gebrauch machen, wie z. B. die „gelben“ Werksvereinler, die Arbeiter auf die Verpflichtung ethischer Pflichten des Betriebsinhabers selbstverständlich rechnen können. Da nun Dr. Tille das Sprachrohr der Großindustrien an der Saar ist, soll folgender von den vielen vorliegenden Fällen zeigen, wie die Hüttenarbeiter an der Saar auf diese „Selbstverständlichkeit“ der Arbeitgeber betreffs „Ethik im Betriebsleben“ rechnen können.

Dem Kenner der Verhältnisse an der Saar ist bekannt, daß Betriebskranenkassen, Knappskraftkassen u. a. von den Großindustriellen an der Saar als Betriebsrentierung betrachtet werden, die selbstverständlich auch nach den Grundsätzen des Betriebsabsolutismus der Saarindustrien, von dem Arbeitgeber, trotz der gesetzlich gewährleisteten Mitverwaltung der Arbeiter, allein verwaltet und geleitet werden. Die von den Kranenk- und Knappskraftkassen angestellten Arzte gelten selbstverständlich auch als „Betriebsbeamte“. Somit sind die bestehenden gesetzlichen sozialen Versicherungsvereine der Großindustrie gleichbedeutend mit dem Betrieb als solchem. Wie weit aber der Arbeiter auf die „selbstverständliche ethische Pflicht“ des Arbeitgebers nach der Meinung Dr. Tilles rechnen kann, auch wenn er für ein Einseitmus sein gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht (von dem aber die Arbeitgeber

## Das Eisen.

### II

In Deutschland wird das technische Eisen amtlich in folgender Weise eingeteilt:

1. **Roheisen.** Dasselbe enthält mindestens 2,6%, oft aber mehr fremde Stoffe, vielfach bis zu 9 oder 10%, darunter 2,3 bis 5% Kohlenstoff. Je nach der Zusammensetzung schmilzt es zwischen 1075 bis 1275 Grad; der Schmelzpunkt liegt um so niedriger, je mehr Kohlenstoff das Roheisen enthält. Ist beim Schmelzen des Roheisens die Temperatur genügend hoch, so scheidet das Eisen ohne vorher zu erweichen; es geht also von dem festen, bzw. spröden Zustand sofort ohne jede Mittelstufe in den flüssigen Zustand über. Aus diesem Grunde läßt sich Roheisen weder schmieden noch schweißen. Solange die Schmelztemperatur noch nicht erreicht ist, ist es der Bearbeitung durch den Hammer wegen seiner Sprödigkeit nicht zugänglich; ist aber der Schmelzpunkt erreicht so tritt sofort alles Eisen in den ganz flüssigen Zustand über. — Beim Roheisen unterscheidet man:

a) **graues Roheisen.** Dasselbe enthält den größten Teil des Kohlenstoffs in kleinen schwarzen Plättchen, als sogenannten Graphit, eingelagert. Auf der Bruchfläche erscheint es von hellgrauer bis schwarzroter Farbe. Da es die Formen gut ausfüllt, auch vergleichsmäßig ziemlich fest ist, wird es zum Teil zur Erzeugung von Gussteilen verwendet, zum Teil aber auch in schmiedbares Eisen übergeführt.

b) **weißes Roheisen.** Entsteht bei dem grauen Roheisen der ausgeschiedene Kohlenstoff mit dem bloßen Auge bei der Bruchfläche sichtbar ist, kann man beim weißen Roheisen selbst mit dem Vergroßerungsglas kaum eine Kohlenstoffansetzung bemerken; der Kohlenstoff hat sich beim Erkalten in dem Eisen gelöst erhalten und bildet mit demselben eine Art Legierung. Zu Gußeisen wird das weiße Roheisen kaum verwandt und es wird fast nur dargestellt, um in schmiedbares Eisen verwandt zu werden. Eine Art des weißen Roheisens ist das Spiegelroheisen; dasselbe enthält 5—20% Mangan und besitzt einen grashalberig-kristallinen Bruch.

Der Grund, weswegen bei der einen Sorte Eisen sich der Kohlenstoff ausscheidet, während er bei anderen Sorten gelöst

bleibt, und nach dem Erkalten kaum sichtbar ist, liegt in der Beimengung anderer Stoffe, namentlich von Mangan und Silicium. Ist Mangan im geschmolzenen Eisen enthalten, so bewirkt dasselbe nicht nur eine größere Aufnahme von Kohlenstoff im Hochofen, sondern es verhindert auch seine Ausscheidung: es entsteht weißes Roheisen oder bei größeren Mengen das sogenannte Spiegelroheisen. Im Gegenzug zum Mangan befördert die Beimengung von Silicium die Ausscheidung des Kohlenstoffs beim Erkalten, also die Bildung von grauem Roheisen.

2. **Schmiedbares Eisen.** Dasselbe enthält 1,6% und weniger Kohlenstoff. Eisen mit 1,6 Prozent bis 2,3 Prozent Kohlenstoff findet in der Technik keine Verwendung. Die Schmelztemperatur liegt bei 1400 Grad und darüber und zwar ist diese Schmelztemperatur um so höher, je weniger fremde Bestandteile das Eisen enthält. Das schmiedbare Eisen geht nicht wie das Roheisen in der Nähe der Schmelztemperatur in den flüssigen Zustand über, sondern es erwärmt vor dem Schmelzen. In diesem erwärmen, teigartigen Zustande ist es schmiedbar und schwierigbar. Ganz reine Sorten sind sogar in der Kälte dehnbar.

Es lassen sich folgende Arten von schmiedbarem Eisen unterscheiden:

a) **Schweißeisen.** Dasselbe wird in nichtflüssigem trügigem Zustande gewonnen, namentlich nach dem sogenannten Frisch- oder auch Röhrelverfahren. Nach der Art der Herstellung ist dieses Schweißeisen nicht frei von Schlacke; ferner auch nicht gleichmäßig zusammengelegt. Schweißeisen wird jedoch heutzutage mit noch in geringem Maße hergestellt, im Gegensatz zu:

b) **Flusseisen,** welches direkt aus dem flüssigen Zustande gewonnen wird.

In beiden Fällen muß das Roheisen, um in schmiedbares Eisen überzugehen, einen Reinigungsvergang durchmachen. Es muß von seinen Fremdstandteilen, namentlich dem Kohlenstoff, befreit werden. Dieses geschieht früher in offenen Herden mit Holzkohle (Kerfsäcken) oder in Flammöfen, welches Verfahren man „Zubdelen“ nannte. Die Reinigung des Eisens von dem größten Teil der Fremdstandteile geschieht aber heutzutage hauptsächlich nach dem „Bessemer-Verfahren“, so genannt nach dem Engländer Henry Bessemer. Nach diesem

Verfahren wird in geschmolzenes Eisen Luft eingepräst, welche dem Eisen den Kohlenstoff entzieht. Die Masse befindet sich hierbei in einem großen, drehbaren, birnenartigen Gefäß, welches als die Bessemer-Vanne allgemein bekannt ist.

Wird ein glühendes Stück Eisen plötzlich abgekühlt, bei-

spielsweise durch Eintauchen in Wasser, so wird die Härte des Eisens erhöht. Ein solches Eisen wird *Stahl* genannt.

Die Darstellung des Eisens geschieht aus seinen Erzen, Spatzenstein, Brauneisenstein, Brauneisenerz, Magneteneisenstein, Schieferstein gelernt haben. Die Gewinnung des Eisens beruht darauf, daß den Eisenerzen der Sauerstoff durch Kohle entzogen wird. Diesen Vorgang nennt man nicht nur beim Eisen sondern auch bei der ähnlichen Darstellung anderer Metalle *Reduktion*. Nach dem ältesten Verfahren wurden die Eisenerze mit Kohle gemengt und in Ofen unter Zuführung von Luft gebrüht. Dieses Verfahren nannte man *Reinenarbeit*. Es wurde hierbei sofort ein an Kohlenstoff armes und dennoch schmiedbares Eisen gewonnen. Später etwa zu Anfang des 15. Jahrhunderts, ging man dazu über, Hochofen zu bauen, deren Form sich bis auf äußere Änderungen bis in die Neuzeit erhalten haben. In diesen Hochofen wird zuerst aus dem Gemisch von Eisenerz, Kohlenstoff und gewissen Zusätzen Kohlenstoff eingeschmolzen, und dieses Rohmaterial in besondere Apparate gebracht, um dort zu Schmelzeisen zu werden. Stahl verarbeitet zu werden. Es gibt jetzt Hochofen, die in innerhalb 24 Stunden 100, ja vielleicht 3 bis 400 Tonnen Eisen erzeugen. Die Leistungsfähigkeit der Hochofen wurde dadurch bedeutend erhöht, daß man die zur Erhöhung notwendige Luft vor dem Einblasen in den Hochofen durch besondere Vorrichtungen stark vorrichtete. Die Produkte des Hochofens sind Gußeisen, Schlacke und die sogenannte Gichtgas.

Die Schlacke und das Roheisen werden am unteren Teile des Ofens abgestochen, während die Gichtgas oben entweichen. Letztere bildeten früher für die Arbeiter und die ganze Umgebung der Hochofen eine starke Belästigung. In neuerer Zeit ist diese Belästigung aber nicht mehr in Etagen gekommen, indem man diese Gase durch besondere Vorrichtungen aufzuprägen, sondern sie werden heute auch in großem Maßstab nutzbar gemacht.

Ex. L

an der Saar den weitgehendsten Gebrauch machen) verkaufte und im „Wirtschaftsfrieden“ mit seinem Arbeitgeber lebt, geht aus folgendem hervor:

Der Hüttenarbeiter St. von den Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken in Böllingen erkrankte am 5. März 1910 und erhielt nach vorausgegangener Dennizitation die Überweisung, die ja auf den Hüttenwerken an der Saar in der Regel gleichbedeutend mit Entlassung ist. Da St. auf der Hütte infolge seiner Krankheit und auch aus anderen Gründen keine Arbeit finden konnte, war er gezwungen, sich weiter krank zu melden, wurde aber sofort vom Knappfachsarzt (Hüttenarzt) gesund und arbeitsfähig erklärt. Da St. sich krank fühlte, und nach seiner Ansicht sein Zustand immer schärfer wurde, ließ er sich von Dr. Stell in Böllingen behandeln und legte am 12. April 1910 eine Bescheinigung Dr. Stells der Krankenkasse vor, wonach er wegen Nierensteinleid in Behandlung und arbeitsfähig war. Hierauf wurde St. noch einmal vom Knappfachsarzt untersucht und wiederum als arbeitsfähig erklärt. Die Krankenunterstützung wurde eingestellt. Der Hüttenarbeiter St. kam jetzt in die größte Not, da ihm jedes Einkommen fehlte und es ihm bei seinem bisherigen geringen Lohn nicht möglich gewesen war, einen Spargroschen zu erbringen. In Betracht kommt noch, daß der Arbeiter für eine kranke Frau und zwei kleine Kinder zu sorgen hat. Wer nun glaubt, die „selbstverständlichen ethischen Pflichten“ des Arbeitgebers würden jetzt zutage treten, der irrt sich gewißlich, trotzdem es sich um einen Arbeiter handelt, der im Tätschen „Wirtschaftsfrieden“ mit seinem Arbeitgeber gelebt hatte, d. h. der Arbeiter war bis dahin unorganisiert und hatte trotz des langjährigen „Wirtschaftsfriedens“ im besten Mannesalter seine Gesundheit im Betriebe eingebracht. Die „menschliche Förderung“ und die „ethischen Pflichten“ ließ nicht der Werksherr dem armen Arbeiter zunehmen, sondern die im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Arbeitskollegen (dem St. bis dahin fern gestanden) und die Atemverwaltung in Böllingen.

Der christliche Metallarbeiterverband, dem sich St. nachdem er nichts von den „selbstverständlichen ethischen Pflichten“ des Werksherrn verspräte, angegeschlossen hatte, nahm sich seiner an und gewährte ihm Rechtsschutz.

Nach einer Untersuchung des St. durch einen anderen Arzt auf Kosten des christlichen Metallarbeiterverbandes, deren Resultat dasselbe war, wie bei Dr. Stell-Böllingen, wurde am 11. Mai 1910 Beschwerde bei der Amtsgerichtsbehörde, dem Amt. Landratsamt in Saarbrücken eingeleitet. Am 7. Juli 1910 wurde die Beschwerde als unberechtigt zurückgewiesen und St. auf den Weg des ordentlichen Rechtsweges verwiesen. Mit Hilfe des Rechtschutzbüros des christlichen Metallarbeiterverbandes klagte St. am Amtsgericht in Böllingen für 26 Wochen Krankengeld ein im Gesamtbetrag von 300 Mark. Da das Amtsgericht in Böllingen einen Kostenvorschuss verlangte, wurde diesem mitgeteilt, daß in solchen Fällen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes kein Kostenvorschuß beansprucht werden könnte, womit sich auch das Gericht stillschweigend einverstanden erklärte. Bei der ersten Verhandlung wurde mit Zustimmung des gegnerischen Rechtsanwalts (?) dem Gewerkschaftssekretär Bader das Recht eingeräumt, St. bei der Verhandlung zu vertreten. Bei dieser Verhandlung stellte das Gericht den Antrag, Dr. Stell als Gutachter zu bernehmen, denn auch beide Teile zustimmten. Das Gutachten des Dr. Stell war voll und ganz zugunsten des Klägers St. Die belagte Partei gab sich aber mit dem Gutachten des Dr. Stell nicht zufrieden und beantragte ein Übergutachten. Das Gericht ordnete hierauf die Begutachtung durch Dr. Engels, Kreisarzt in Saarbrücken, an.

Inzwischen hatte aber der Kläger die Reichsjustizbehörde beauftragt und nach Begutachtung durch Kreisarzt Dr. Engels vom 29. September 1910 zugesprochen bekommen. Trotzdem die Alten der Landesversicherungsanstalt für die Rheinprovinz vorlagen einschließlich des Gutachtens des Herrn Dr. Engels, bestand das Gericht und der Belagte auf nochmaliger Begutachtung durch den Kreisarzt. Daß jetzt Dr. Engels kein anderes Gutachten abgeben konnte, als bei der Untersuchung auf Antrag der Landesversicherungsanstalt war selbstverständlich. Jedoch kommt Dr. Engels am Schlüsse seines Gutachtens zu dem folgenden Resultat:

„Wie schon herhoben, macht St. entschieden den Einbruch, als wenn er seine Beschwerden erheblich übertriebt. Bei der von mir am 29. 10. vorgenommenen Untersuchung war der Zustand erheblich schlimmer als gegenwärtig. Denn ich hande am linken Unterarm zahlschreie Geschwür und

Narbenbildungen, die gewiß dem Kläger erhebliche Beschwerden verursachen, zu deren Heilung, es auch unbedingt notwendig war, daß Kläger längere Zeit die Arbeit ausschließen. Seit meiner vorigen Untersuchung hat sich also das Befinden des Klägers entschieden gebessert, sodaß er jetzt meiner Ansicht nach wohl imstande wäre, wenigstens versuchsweise einer leichteren Beschäftigung nachzugehen. Nach der eingehenden und länger dauernden Beobachtung durch Dr. B. (den Knappfachsarzt), muß ich annehmen, daß St. am Tage der Entlassung aus dem Krankenhaus am 29. März 1910 geheilt und arbeitsfähig war. Auch bei der am 13. April 1910 vorgenommenen Nachuntersuchung durch Dr. B. muß mit letzterem angenommen werden, daß St. auch an diesem Tage mittelschwere Arbeit verrichten konnte. Nach den verschiedenen außerdem bei den Alten befindlichen ärztlichen Altersen ist die Annahme jedoch gerechtfertigt, daß die Arbeitsfähigkeit des St. nach dem 13. April wieder allmählich abnahm, sodaß sich drei Uerzte und ich selbst in unseren Gutachten für Erholungsfähigkeit des St. aussprechen müssten. Ich komme deshalb zu dem gutachtlichen Schluß: Kläger ist vom 13. April 1910 an für die Folgezeit als krank anzusehen und war nicht mehr imstande, mittelschwere Arbeiten zu verrichten. ges. Dr. Engels.“

Interessant ist in dem Gutachten des Kreisarztes, daß St. bei der Untersuchung durch den Knappfachsarzt am 29. März und am 13. April geheilt und arbeitsfähig war und ferner auch bei der Untersuchung im Februar 1911 in der Lage ist, leichteren Arbeiten nachzugehen. Bei der weiteren Gerichtsverhandlung zog es nun die Belagte vor, nicht zu erscheinen, worauf auf Grund eines Verjährungsurteils die Krankenkasse verurteilt wurde, 26 Wochen lang das Krankengeld zu zahlen und die Kosten zu tragen. Die Kosten müssen ja bis zu zwei Dritteln die Arbeiter der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke in Böllingen zahlen, da sie ja  $\frac{2}{3}$  und der Arbeitgeber nur  $\frac{1}{3}$  der Krankenfassendeiträge zu zahlen haben, trotzdem der Einfluß der Arbeiter auf solchen Werken in bezug auf das Gehalt der Kasse minimal ist. Inzwischen hat sich auch die Pensionskasse der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke bereit erklärt, nachdem vorher daran erinnert wurde, die statutgemäße Pension des St. zu bewilligen und ab 1. August 1910 nachzuholen. Da der Rentenklassenvorstand, sich ständig aus das Gutachten des Kreis-

arztes Dr. Engels, wonach St. ab Februar 1911 wieder in der Lage sei, leichte Arbeiten zu verrichten, dazu überging, St. die Pension zu entziehen wurde durch erneute ärztliche Beobachtung nachgewiesen, daß St. weiter arbeitsunfähig ist und danach wurde die weitere Zahlung der Pension veranlaßt. Wie weit nun die Tatsache „selbstverständliche ethische Pflicht“ des Betriebsleiters geht, zeigt vorliegende Tatsache der Gentige. Mögen die Arbeiter der Großseidenindustrie und alle Metallarbeiter, welche auf christlichem und nationalem Boden stehen, aus dem vorstehend Mitgeteilten die richtige Folgerung ziehen und sich in noch größerem Maße dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, zur wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Vertretung ihrer Interessen.

## Aus der Arbeiterbewegung.

### „Sitz Berlin“ zum Wohntypus der Arbeiter auf der Schichauwerft.

Bekanntlich steht es augenblicklich um die Berliner Fachabteilungsschule schlechter wie jemals. Wir zeigten schon in unserer vorigen Nr., daß in jenem Lager die Entwicklung im Jahre 1910 nach rückwärts ging. Diese Entwicklung schenkt dort nun neuerdings in verstärktem Maße um sich zu greifen; wenigstens läßt die Haltung ihres Organs, „Der Arbeiter“, mit Gewissheit darauf schließen. Eine krankhafte Nörgelssucht des Arbeitgebers würden jetzt zutage treten, der irrt sich gewißlich, trotzdem es sich um einen Arbeiter handelt, der im Tätschen „Wirtschaftsfrieden“ mit seinem Arbeitgeber gelebt hatte, d. h. der Arbeiter war bis dahin unorganisiert und hatte trotz des langjährigen „Wirtschaftsfriedens“ im besten Mannesalter seine Gesundheit im Betriebe eingebracht. Die „menschliche Förderung“ und die „ethischen Pflichten“ ließ nicht der Werksherr dem armen Arbeiter zunehmen, sondern die im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Arbeitskollegen (dem St. bis dahin fern gestanden) und die Atemverwaltung in Böllingen.

Zu seiner Nr. 32 befaßt sich „Der Arbeiter“ in einem längeren Artikel: „Zum Streit auf den Schichauwerften“ betitelt, in seiner bekannten Art mit dieser Bewegung. Besonders die Elbinger Solidaritätskundgebung, über die wir in vor. Nr. berichtet, hat's ihm angetan. Es gefällt ihm nicht, daß unser Bezirksleiter dort „mit seiner Bärenstimme“, das Maß voll“ gemacht und „in Hemdsärmeln“ die Elbinger Arbeiterschaft „auf die großen heroischen Taten“ ihrer Danziger Kollegen hingewiesen hat. Auch die Resolution, in der die Elbinger Arbeiterschaft die Forderungen der Danziger Kollegen zu den ihren macht, behagt den Arbeiterinteressenvertretern vom „Sitz Berlin“ durchaus nicht. An die von ihm zitierte Resolution knüpft „Der Arbeiter“ u. a. folgende, mehr als eigenartigen Bemerkungen:

„Wir befürchten, daß es den Streikorganisationen in der Hauptstadt jetzt daraus ankommt, die noch abseits stehen den Werkarbeiter zu gewinnen, um so der Verwaltung der Schichauwerft Angst und Schrecken einzuflößen. Daß aber die Werksverwaltung in Danzig und Elbing sich hierdurch in ihrem Vorgehen behindern lassen wird, dafür liegt nicht das mindeste Anzeichen vor; im Gegenteil, sie werden die Arbeitseinstellung in Elbing ebenso wie in Danzig förmlich kommen lassen.“

Demgegenüber können wir unsern Mitgliedern nur dringend raten, sich nicht von den Streikorganisationen ins Bockhorn jagen zu lassen, vielmehr mutig an ihren Grundsätzen festzuhalten, dieses öffentlich bekannt zu geben und wenn notwendig selbstständig ihre Wünsche der Werksverwaltung zu unterbreiten.“

„Sitz Berlin“ mag sich beruhigen, den „Streikorganisationen“, wenigstens uns, ist es nicht darum zu tun, „der Schichauwerft Angst und Schrecken einzuflößen“, sondern nur darum, die erbärmlichen Löhne der Arbeiter der Schichauwerften aufzubessern. Auch die Danziger Arbeiter haben ihre Wünsche der Werksverwaltung unterbreitet“, also vor dem Kampfe das schon alles getan, was „Der Arbeiter“ als letztes seines Lateins den Elbinger Mitgliedern von „Sitz Berlin“ zu tun antat. „Mutig an ihren Grundsätzen“ halten unsere Danziger christlichen Gewerkschaftler ebenfalls fest. Zu diesen Grundsätzen gehört natürlich nicht der, daß ein Arbeiter unter allen Umständen für 3 M. Tagelohn arbeiten muß, wenn der Arbeitgeber freiwillig nicht mehr geben will. Die Danziger Kollegen sind der Meinung, daß man sich einen anständigen Lohn erkämpfen kann und darum haben sie „Sitz Berlin“ Raat gefragt und sich den christlichen Gewerkschaften angegeschlossen. Auch die Elbinger Arbeiter werden es „Sitz Berlin“ nicht glauben, daß sie für eine Aufbesserung ihrer erbärmlichen Löhne nicht kämpfen dürfen, ohne Schaden an ihren sittlichen Grundsätzen zu nehmen. Das ist's, was den „Arbeiter“ mit „Angst und Schrecken“ erfüllt, denn diese Bewegung ist ganz dazu angelegt, auch den Elbinger katholischen Arbeitern die ganze Ohnmacht der beruflichen Fachabteilungen von „Sitz Berlin“ zu zeigen.

**Eine Gefahr für die Koalitionsfreiheit**

wird die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung von Tag zu Tag mehr. Besonders ist es im Stuttgarter Bezirk der deutsche (sozialdemokratische) Metallarbeiterverband, der es geradezu als berufsmäßigen Sport betreibt, nicht organisierte Arbeiter und christliche Gewerkschaftler auf jede nur mögliche Art seiner Organisation zuzuführen. In den letzten Wochen haben die Funktionäre des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in einer Anzahl von Betriebsversammlungen die Parole ausgegeben, die Mitglieder sollten die christlich organisierten Metallarbeiter in der Werkstatt ausschließen, überzutreten. Geschehe das nicht, dann sollte man deren Entlassung veranlassen. Werde dieser Forderung vom Meister nicht Rechnung getragen, dann hätten die sozialdemokratischen Mitglieder die Kündigung in einem Betrieb einzurichten. Mit diesem terroristischen Vorgehen in der Agitation treiben die sozialdemokratischen Gewerkschaftler ein frevelhaft leichtsinniges Spiel mit der Koalitionsfreiheit und fragen mit zur Stärkung des in einflussreichen Kreisen vorhandenen Gedankens bei, ein Gesetz zur Knebelung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu schaffen. In einem Betrieb in der heutigen Metallindustrie ist schon nach obigem „Toleranten“ Reges von den „Genossen“ gehandelt worden. Leider hat auch die Schlichtungskommission versagt. Der „Unparteiische“ dieser Schlichtungskommission gab die salomonische Erklärung ab, die christlich organisierten Arbeiter sollten doch den Betrieb freiwillig verlassen, dann würde wieder Ruhe dort eintreten.

Bei derartigen Erklärungen des „Unparteiischen“ ist er selbst baran schuld, wenn sich in den Kreisen der christlichen Gewerkschaftler Stuttgarts der Argwohn bemerkbar macht, daß einem Herrn in den hiesigen Gewerbegerichtsräumen jedes obige Empfinden gegenüber den christlich-nationalen Arbeitern abgeht. Ob aber bei dem Terror der „Genossen“ gegenüber den christlich-nationalen geistigen Arbeitern auch noch begangene Persönlichkeiten in den kommunalenbehörden, die ihr Einkommen doch aus Kassen erhalten, zu betonen ist? Statt-

zahler, auch die christlich-nationalen Arbeiter, ihr Teil lassen, die wohlverstandenen Interessen ihres Untes richtig wahren, wenn sie die sozialdemokratischen Gewerkschaftler in ihren terroristischen Geist durch solche Erklärungen noch unterstützen, ist eine Frage, über die man sich ja mal an anderer Stelle unterhalten kann.

## Partei-Schildknoppen

Ist die Sozialdemokratie nun die „freie“ Gewerkschaften, weiter nichts. Jeder Tag bringt neue Beweise dafür. Der „freie“ Banarbeiterverband in Eppendorf (Kreis Offenbach) hielt am 2. Juli ein Gewerkschaftsfest ab. In den Eindrücken dazu heißt es, daß dies best für die dortige Arbeiterschaft von größter Bedeutung sei. Warum?

„Unser Ort zählt noch zu den wichtigsten im vorherigen Kreise Dieburg und soll dieses Fest hauptsächlich zur Agitation und Vorarbeit zur kommenden Reichstagswahl sein. Wir geben uns der angenehmen Hoffnung hin, daß uns Eure Unterstützung in reichlichem Maße zuteilt wird.“

Unter der Flagge „Gewerkschaftsfest“ also Nutzereihen für die Sozialdemokratie angelehnt der Reichstagswahl. Die „Graphische Presse“, das Organ der „freien“ Lithographen und Steinbrüder, macht an leitender Stelle in auffallender Schrift in Nr. 27/1911 Propaganda für die roten Wahlkreisprotokollversammlungen in Preußen, in denen „kein gewerkschaftlich organisierte Arbeiter fehlen“ dürfe. Dem gleichen Zweck widmet die „freie“ Holzarbeiterzeitung Nr. 23/1911 einen langen bombastischen Leitartikel. Bei diesen Nutzereihen ist das Ziel von Parteiseite für die „freie“ Gewerkschaften gewiß verdient. In einem Schlußwort zum 8. „freien“ Gewerkschaftskongress in Dresden schrieb der Vorvorsitzende Nr. 152:

„Die eine Tatsache vor allem müssen wir freudig hervorheben, daß diese große Arbeitertagung von dem Willen beeinflußt gewesen ist, ihre geistige Zusammengehörigkeit mit dem anderen Teile der Arbeiterschaft mit dem anberaumten Tag (das ist die Partei! D. R.) zu beladen . . .“

Und zu dem behandelten Kapitel: Bildungsbestrebungen und Bibliothekswesen äußert sich der Vorvorsitz mit größter Freude: „Bei der Behandlung dieses Themas vollzog sich wieder eine erfreuliche Übereinstimmung zwischen Partei und Gewerkschaften.“ Solange die „freien“ Gewerkschaften die Zutreiber der Partei machen und auf jeden selbständigen Willen verzichten, ist die „erfreuliche Übereinstimmung“ vorhanden. Gehen sie aber ihre eigene Wege, kann bekommen sie „Zutritte ins Kreis“, werden „verprügelt“, wie es drastisch in der berühmten gewordenen Geheimkonferenz der Verbandsvorstände Anfang 1906 ausgesprochen wurde und wie es sich jetzt wieder ebenfalls bei den erregten Auseinandersetzungen über den Disziplinar- und Kontraktbruch sozialdemokratischer Verbündeter im Berliner Buchdrucker gewerbe zeigt. So erniedrigt sich die „stolze“ freie Gewerkschaftsbewegung zum politischen Vasallen einer inneren Wesen gewerkschaftsfeindlichen Partei.

## Das Hell verhauen

wollen Karlsruher Sozialdemokraten den christlich-organisierten Arbeitern. Weil eine große Anzahl Karlsruher Bader gehörsen von der Interessenvertretung des sozialdemokratischen Verbandes nichts wissen wollten und sich dem christlichen Baderverband anschlossen, sind die „Genossen“ in eine hochgradige Aufregung geraten. Zur Bekämpfung der christlichen Organisation wurde eigens eine Versammlung einberufen, die im Schimpfen und Verleumden die bedenklichen Absichten der Partei sorgte. Ein sozialdemokratischer Agitator namens Fischel sagte:

„Wenn den Christlichen das Fell verhauen wird, so ist das recht.“

Als diese Erstbung und indirekte Aufforderung zu Gewalttätigkeiten von einem Redner der christlichen Gewerkschaften entsprechend gekennzeichnet wurde, da erhob sich Fischel und erklärte unter dem Beifall der Genossen, daß er das Durchprügeln der christlichen Arbeiter ebenfalls befürte, wo sich dieselben der roten Mehrheit nicht fügen wollen. Die Genossen werden in Baden nicht nur übermäßig, nein, sie werden schon frisch. Sie mögen sich aber hüten, auch im Musterländer gibt es noch mehr Ketten wie rasende Hunde.

## Rundschau.

Die evangelischen Arbeitervereine von Rheinland-Westfalen fielen am 30. Juli in Hattingen ihren diesjährigen Verbandsstag ab. Nach dem Jahresbericht ist die Mitgliederzahl ansehnlich gewachsen. Es könnten 21 Vereine mit 2504 Mitgliedern neu aufgetreten werden. Am 31. Dezember 1910 waren 224 Vereine mit 45 512 Mitgliedern vorhanden; die Gesamtmitgliederzahl unter Hinzurechnung von 1033 weiblichen und 571 jugendlichen betrug 47 116. Sie sind im laufenden Jahre schon wieder hinzugekommen 6 Vereine, mit 577 Mitgliedern und 5 Jugendabteilungen mit 137 Mitgliedern, so daß der Verband gegenwärtig 230 Vereine mit 47 830 Mitgliedern umschließt. Ein Sekretär ist in die Zentralstelle der Christlichen Gewerkschaften zu Köln übergetreten und ein anderer hat die Leitung des Evangelischen Volksvereins zu Elberfeld-Barmen übernommen. Man erhofft davon einen großen Gewinn für die Sache, da es sich im Wappentier darum handelt, die ganze evangelisch-nationale Arbeiterbewegung gegenüber der Sozialdemokratie zu festigen und sie wieder, wie bei der vorigen Reichstagswahl zum Siege zu führen.

Der Evangelische Arbeiterbote, das Organ des Verbandes, hatte am Ende des Berichtsjahrs 21 000 Bezieher. Der Bericht sagt über die vielfach beobachtete Zurückhaltung der bürgerlichen Kreise: Daburch werbe der Sozialdemokratie ihre Werksamkeit leicht gemacht. Der Verband lehne es ab, sich einer bestimmten Partei zu unterwerfen, wolle aber diejenigen Parteien unterstützen, die mit ihm das evangelisch-christentum den Schutz des Reiches nach außen und den friedlich-sozialen Ausbau im Innern auf ihre Fahne schreiben. Unbedingter Kampf gegen die Sozialdemokratie bleibt seine erste Forderung.

Zu einer Befreiung des Verhältnisses der evangelischen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften wurde es begrüßt, daß die christlichen Gewerkschaften trotz der ungeheuren gegnerischen Anstrengungen und Versuchungen im letzten Jahre über 36 000 Mitglieder gewonnen hätten. Im Anschluß an die Sozialdemokratischen Gewerkschaften erschien der Verband eine Gedenkblätter. Ob die Christ-Dunkerschen Gewerkschaften die Gewähr für die Befreiung dieses Verhältnisses erhielten, erscheint dem Verband fraglich. In seinem

welteren Ausführungen tritt der Bericht warm für die Förderung der Jugendbewegung ein. In den Bestrebungen, die gelben Werkvereine über das ganze Ruhrgebiet zu verbreiten, steht der Verband eine Gefahr, weil dadurch ein Stell in die nationale Arbeiterschaft und in die christliche Arbeiterbewegung getrieben werde. In der Befreiung des Jahresberichts spielt neben der Jugendfrage die Estellung gegenüber den christlichen Gewerkschaften und den gelben Werkvereinen die Hauptrolle. Verschiedene Siebzehn haben ihrer Sympathie für die christliche Gewerkschaftsbewegung lebhaftes Ausdruck. Rector Deder-Düsselhof entfesselt nach der Kölnerischen Sitzung einen Sturm der Enttäuschung, als er den Ausdruck „schwarze Schleicher“ auf die christlichen Gewerkschaften anwandte. Er nahm dann den Ausdruck zurück und bemerkte, er habe damit niemanden beleidigen wollen. Ein Delegierter aus dem Wuppertal saß unter starkem Beifall auseinander, daß die tätigsten Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine gleichzeitig auch im Lager der christlichen Gewerkschaften ständen. Die evangelischen Arbeitervereine verbanden der christlichen Gewerkschaftsbewegung manche wertvolle Unterstützung. Neben die Werkvereine war die Stimmung geteilt. Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß diese Bewegung der Arbeiterschaft keine Vorteile bringe und aus diesem Grunde eine Stellungnahme gegen die Werkvereine sich empfehle. Ein anderer Siebzehn meinte, es hinge nicht an, daß die evangelischen Arbeitervereine eine Bewegung bekämpfen, die sich gegen die Sozialdemokratie richtet. Sehr scharf wandte sich Herr Pfarrer Dr. Weber gegen die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in Duisburg-Melberich, die die Angehörigen der evangelischen Arbeitervereine als Schleppenträger des Unternehmertums hinstellten hätten. Auch von anderer Seite wurde die Haltung der Hirsch-Dunderschen kritisiert und gefordert, daß das Verhältnis zu dieser Gewerkschaftsstiftung, die bei den Gewerkschaftswahlen und in der Gewerkschaft mit dem sozialdemokratischen Verband gehangen sei, verbessert werden möge. Pfarrer Niemeier entgegnete, man wolle zunächst zurückhalten und erst die weitere Entwicklung der Sache und der Hirsch-Dunderschen abwarten.

Das Klingt etwas anders, als wie Herr Pfarrer Traub-Dortmund, der Standhut der freisinnigen Volkspartei im Wahlkreis Hamm-Süd, es seinen Gläubigern predigt. Dieser Herr meint, er bringe sich und seine Kandidatur in besonders empfehlende Erinnerung, wenn er möglichst oft den christlichen Gewerkschaften unterstellt, sie seien Bentzungsgewerkschaften. Die verhältnismäßige Schulbildung setzt der sozialdemokratischen Dortmunder Arbeiterzeitung, die sich mit ihrer „Kaisernummer“ gelegentlich der Anteuerheit St. Magdalens auf der Hohenburg ein bleibendes „Denken“ in den Herzen aller Nationalgesinnten gesetzt hat, sollte Herr Pfarrer Traub doch zu denken geben.

\* \* \*

Ein Einigungsamt für Mietstreitigkeiten ist nach langen Verhandlungen in Frankfurt a. M. ins Leben getreten. Das neue Gericht weist viele Unschlüsse mit den Gewerbegeichten auf. Sein Hauptziel ist, schnelle, billige und sachliche Rechtsprechung. Räumungs- und Mietzinsklagen sind zwar vorerst von den Verhandlungen ausgeschlossen, da die Hausbesitzer von dieser Voraussetzung ihrer Beteiligung an der Einrichtung nicht abgingen; aber trotzdem wird Sicherlich durch das Urteil eine große Zahl von Streitigkeiten zwischen Mietern und Hausbesitzern auf dem nahezu kostenlosen und rasch ans Ziel führenden Wege des Schiedsgerichtes erleichtert und aus den Gerichtssälen ferngehalten werden können. Das Einigungsamt besteht aus einem Vorstande der beamteten Staatsrichter sein muss, und zwei Beisitzern, die vom Mietschutzverein und von den Hausbesitzervereinen zu ernennen sind; der bei der Verhandlung tätige Schriftführer muß sachkundig ein südlicher Beamter sein. Das Gericht tagt in einem städtischen Raum. Der Oberlandesgerichtspräsident Spahn hat die Erlaubnis erteilt, daß sich Richter als Vorsitzende an der Einrichtung beteiligen. Undere Kosten, als die Einschreibegebühr für die antrifftende Partei von einer Mark, entfallen bei diesem Verfahren nicht. Der Termin soll spätestens acht Tage nach der Antragstellung stattfinden, und berufsmäßige Vertreter der Parteien sollen nicht zugelassen werden. — Hoffentlich findet die Einrichtung Nachahmung; sie ist es wert.

\* \* \*

Mug der Metallindustrie. Der Roheisenverband ist jetzt für vier Jahre perfekt. Ist er auch nicht so umfangreich wie das 1908 zu Ende gegangene Roheisenmonopol, so ist sein Einfluß doch nicht zu unterschätzen. Mit den Lothringer Werken wird weiter verhandelt. — Lohsen will jetzt noch die Bochumer Eisenwerke in Urs. a. b. Projekten erwerben. — Der Bochumer Verein hatte im letzten Geschäftsjahr einen Rohgewinn von rund 625000 M. gegen 540000 i. B. Abgeschrieben werden wie i. B. 180000 M. Auf das erhöhte Aktienkapital von 30 Millionen Mark soll eine Dividende von 12½ Prozent (i. B. 12 Prozent) bereitstehen. Die Abschlüsse des Bochumer Vereins zeigen für die letzten Jahre folgendes Bild: Rohgewinn: 1906/07 6043382 M., 1907/08 8095111 M., 1908/09 5235792 M., 1909/10 5420516 M., 1910/11 6250000 M. Abschreibungen: 1186681 M., 1326686 M., 1642966 M., 1790680 M., 1800000 M. Dividenden: 16½ Prozent, 15 Prozent, 12 Prozent, 12,5 Prozent. Danach zeigt also der Roheisenverband gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um rund 880000 Mark. — Die Maria-Gäblerwerke in München erzielten im Geschäftsjahr 1910/11 einen Bruttoeinkommen von 300405 M. (i. B. 272071 M.); es gelangen wieder 10 Prozent Dividende zur Verteilung. — Bei der Maschinenfabrik Halbach C. G. in Düsseldorf ist der Rohgewinn von 305000 M. auf 343000 M. gestiegen. Davon verbleiben nach 248461 M. (im Vorjahr 208307 M.) Abschreibungen, 100433 M. (98847 M.) Bruttoeinkommen, aus welchen 4712 M. der Stückzlage zugewiesen und 19650 M. als Gewinnanteil verwendet werden. Die Dividende auf 1250000 M. Aktienkapital beträgt wieder 6 Prozent während sich der Betrag auf 7042 (5605 M.) erhöht.

\* \* \*

Die sozialdemokratischen Bildungsquellen könnten wir schon öfters in ihrer ganzen „Eleganz“ bedeutenden Inhalts machen wie darauf aufmerksam, daß sich in einer Abhandlung der „Sozialistischen Monarchie“, die sich auf Grund der Ausführungen der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsbibliotheken, mit der Frage befaßt: „Was leistet die Gewerkschaft“ u. a. folgende Antwort fand:

„In der Abteilung Geschichte ist eine „starke“ Geschichte für die überlängerten und nach billigeren Preisen beschaffenden Werke zu verzeichnen. So in dieser Abteilung der Corinthische Pfaffenpiegel sich befindet — und es fehlt kaum in einer Bibliothek — da stellt er neben den wirklich nicht wissenschaftlichen gebundenen Haupttexten meistens das fürstliche Gelehrte dar.“

Wie so in „Prosa“ vorgebildeten Massen müssen nun selbstredend eine gleichartige „Poesie“ zur Ergänzung haben. Sie findet sich in der „Abrechnung, Politische Verfassungskritik“ von Dr. Rudolf Franz, erschienen im Verlage der sozialdemokratischen Dortmunder Zeitung. Die Kinder der Klasse dieses Genossen haben die Beiratkommission der sozialdemokratischen Bildungsanstalten von Rheinland und Westfalen derartig entzückt, daß sie beschlossen, diese Werke sozialdemokratische Lyrik einem größeren Veröffentlichungsgang zu machen. Die hier gebotenen „lustigen“ Reimeketten, die auf den Kaschinenmeten gestimmt sind, geben für die Lusturhöhe der sozialdemokratischen Bildungsanstalten höchst lehrreiche Beispiele. Dr. Rudolf Franz tritt nicht nur mit Vorliebe seltenen Mitmenschen auf einen bestimmten Körperbild, er „spukt“ ihnen auch ins Gesicht, redet nur von „Schauze“, „Maul“ und „Frosch“ und wenn ihm dabei wird, weiß er auch diesen Zustand naturalistisch zu schreiben. Vor dem „Pegasus“ des Genossen Franz ist natürlich nichts sicher und so widmet er dem preußischen Herrenhaus eine Ballade, der wir folgendes Problème entnehmen:

„Hätt‘ einer wenigstens die Schnauze — Und sagt es frei: Macht geht vor Recht. — Doch dies Segire und Gegeuze . . . — Pst, Kerls! Wird euch denn gar nicht schlecht? — Wie nur die edlen Männer trocken — So ekelhaftem Rebekel! — Normal Menschen müssen! . . . — So würde Ihnen schlecht dabei.“

Der Großstadtbau, dieses leicht- und arbeitscheue Geist, welches bei Dohnbewegungen ehrlicher Arbeiter zu gerne die Gelegenheit benutzt, Kratze zu inszenieren, wodurch häusliche Familiendächer mitgerissen und ins Gefängnis gebracht werden, wird von Dr. Franz als Opfer der Polizei und ihrer Spiegel verherrlicht:

„ — Hast du den Patron, — Der da Lumpig Lodgespiest — Für den I. Königreichslohn — Da der Nasen zum geplättet, — Haust du beim zivilen Schuft — Gar eins in die Spießfresse, — Ach, kann schrein die Betteln: Auf! Postjet, wenn sie doch schädel — Roheit! Rote Hecke! — Hört man es verzweift medeln, — Und die ganze Volkspartei — Sieht man in die Höhe Niedern.“

Der Bar wird „Hallunk“ und „Mörder“ genannt, „Mörderhauptmann, der den Menschenmord in Wacht hat“, und der „hin und wieder als gerechtes Ehrenamt seine Gottesgnabenbrüder“ besucht. Gegen die Kriegervereine richtet sich das „schöne“ Gedicht „Deutscher Rat“:

„Und wenn die Zeit erfüllt warb, — Wirst kriegerisch zu eingescharrt — Es freuen sich Kameraden und treue deutsche Männer. — O welche Lust (tritt bei uns ein!) — Gezwungener Soldat zu sein. — Tod euch, ihr roten Knechte! — Hoch der Verein der — Krieger!“

Weiter schlägt der Verfasser einen Strafentwurf in einem „Gedicht“, das mit einer unerhörten urblauen Verunglimpfung der Kaiserbediensteten „Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!“ endet:

„Als sich der Dualm verzogen hat, war nichts zu sehen, — kein Haus, sogar kein Bissot blieb stehen. — Und die Münzen inspiriert Herr Jagow, wie Hannibal die Trümmer von Karthago. — So war des grausamen Umsturzkampfes Endung: — Durch Gottes Fügung, o, o, Welch eine Wendung!“

Noch zwei weitere Proben, die ernstlich Zweifel erwecken müssen, ob man es hier nicht mit einem Geisteskranken zu tun hat:

„Und den Eltern nebst den Kindern — wuchs der Welbsack unterm Hintern, — bis der Vater einen Schlag bekam, — weil er sich beim Saufen übernahm.“

Sprach und nahm vom Mist die Gabel — stach den Kindern durch den Nobel, — hat sie ohnedies noch ausgehöhnt — und ich selbst im Daunenhof ertrank.“

Schließlich wieder ein Bonmot über die Schuhmannschaft:

„Ja, so ein flüchtig Volksgetümme! — Ist doch des Schuhmanns wahrer Himmel. — Gütziden hau ich groß und klein — hier bin ich Bieh, hier darf ich's sein!“

Und diese „Gedichtsammlung“ ist von den sozialdemokratischen „Bildungsanstalten“ für Rheinland und Westfalen in Auftrag gegeben, um Arbeiterveteranen die geistige Würde zu geben. Die Köln. Rtg. meint, es müsse Mittel und Wege geben, vergleichbar unmöglich zu machen. Wenn sich die politischen Behörden nicht Rats wünschen, so nähmen sich vielleicht die ärztlichen Instanzen des Falles an und ließen den Verfasser auf einige Zeit unter psychiatrischer Beobachtung stellen. Zu diesem Verlangen der Köln. Rtg. schreibt mit Recht die Kölnische Volkszeitung: Wir glauben, daß dabei nichts herauskommt. Die Verfasser und Verbreiter solcher Gedichte wissen ganz genau, was sie tun; sie sind zielbewußt. Es gibt da nur ein wichtiges Gegenmittel: daß man gegenüber den sozialdemokratischen Organisationen die Organisationen der christlichen Arbeiter fördert. Leider geschieht in dieser Beziehung immer noch lange nicht genug.

\* \* \*

„Versucht es nur einmal, ihr Schäff'iß'ye, ein Volk gegen das andere aufzuhufen, ein Volk gegen das andere zu bewaffnen, ihr werdet sehen, ob nicht die Völker ganz anderen Gebrauch von den Waffen machen werden, die ihr ihnen in die Hand gebt!“ So sprach der französische Sozialdemokrat Yvetot in einer sozialdemokratischen „Weltfeindschaftsversammlung“ in Berlin. Man weiß nicht, soll man sich ärgern oder soll man lachen ob solcher Vertrüchtigkeiten. Ganz entschieden protestieren wir gegen solche Auffassung. Es ist tief bedenklich, daß Deutsche, wenn sie auch Sozialdemokraten sind, solchen Ansprüchen einer überhohen Phantasie zujubeln. Denn, wenn es zum „Klappen“ kommt, dann geht die rote „Internationale“ doch in die Binsen; genau so, wie die internationale Uterstiftungsaktionen im Ernstfalle. Die französischen und englischen „internationaler“ Proletarien hören auf das „Proletariat aller Länder vereint euch!“ die französischen Genossen zählen sich dann zu der „grande nation“ und die englischen singen mit: „Britannia, beherrschte das Meer!“ Unsere deutschen Genossen sind eben allein auf weiter Flur, und können nachdrücken über die Vergänglichkeit des internationalen Kaisers, das vom nationalen Blut weggespült wurde.

\* \* \*

Deutschland, England, Frankreich werden bestimmtlich sehr gern von den Sozialdemokraten in Parallele gesetzt. Dort in England und Frankreich soll alles soviel besser sein als bei uns. Rente sind wir in der Lage, unsere Kollegen zwei Besuch zu übermitteln, die andere Töne spenden als der Phonograf der sozialdemokratischen Reth. und Friedenagitator. In der „Saitelle Syndicat“ gibt der wegen seiner rechtlichen Engagements aus Berlin

ausgewählte französische Sozialist Yvetot seine Eindrücke von der Berliner Fahrt in folgenden Sätzen wieder: „Schlimmer kann es unter der Regierung des Kaisers auch nicht sein, als unter der Caillaury. Zumindest stellt ich fest, daß ich mit 40 Kameraden, französischen Gewerkschaftern, nach Berlin gehen konnte, und daß keiner von uns die geringste Einschränkung erlitten hat. Kein preußischer Wirt hat uns belästigt oder herausgeföhrt. Wir haben sogar freier sprechen dürfen als in Frankreich. Vor einigen Jahren konnte der zu einer Pariser Vollversammlung eingeladene Peter Krapotkin in Frankreich nicht landen, und Tom Mann wurde ausgewiesen. Dasselbe sollte zweitens auch heute geschehen. Die Berliner Polizei hestete sich dagegen an meine Versetzung erst, nachdem ich gesprochen hatte und auch das nur auf die Höhe eines gewissen Teiles der deutschen Presse hin.“

Die sozialdemokratische Presse war gerade im besten Buge, die Ausweitung Yvetots agitatorisch auszunehmen. Die Worte werden ihr jetzt wohl in der Freiheit stehen bleiben.

Von England und speziell von London entwarf kein geringerer als Otto Hue — der bekannte rote Bergarbeiterpapst und Kronzeuge der Metallarbeiterzeitung — auf dem internationalen Bergarbeiterkongress in London nach der sozialdemokratischen Dortmunder Arbeiterzeitung, Nr. 175, vom 29. Juli d. J. folgendes, wenig erfreuliche Bild:

„ . . . Und während die herrschende Klasse in England aus industriellen und kommerziellen Unternehmungen im Inlande und Auslande ungeheure Reichtümer anstammt, während Indien, Südostasien und andere britische Kolonien unermessliche Schätze an das Mutterland abfließen, ist die Armut in diesem Lande zu einer erschrecklichen Höhe gestiegen. In keiner großen Stadt jahrlang so große Mengen völlig hilfloser, in Dämnen gehulpter Menschen (lebhafte Zustimmung), jahrlang unbewohnter Kinder im Straßenlot liegen, als in London (große Bewegung der Engländer), der Metropole des sprichwörtlich reichen britischen Weltreichs.“

Die deutsche Sozialdemokratie hat noch ihre wertvollsten Schreiber gehen ins Ausland, machen dort ihre Studien und müssen dann öffentlich verkünden, es ist bei uns doch durchgehends besser. Liebtheit fand in Amerika und Hue in England sein Damaskus. Jetzt kommt ein Franzose, der sogar ausgewiesen werden sollte, und stellt fest, daß es trotz allem im eigenen Vaterlande schlechter sei als im verschwiegene Deutschland. Zwischen werden die Wunden am Gesellschaftskörper offen gehalten; das ist das Mitteln, in dem die Sozialdemokratie gedient. Und darum wird die rote Presse und Agitation auch weiter fortfahren, den deutschen Arbeitern die Freude am eigenen Vaterlande zu vereilen. Sie lebt eben von der Freiheit.

## Streiks und Lohnbewegungen.

Ein Nachwort zum Streik bei Peipers & Co. in Siegen

Der Streik bei der Firma Walzengießerei und Dreherei Peipers & Co. in Siegen, welcher — wie wir bereits berichtet haben — am 22. Juli beginnt worden ist, hat nach den verschiedensten Richtungen hin beachtenswerte Momente gezeigt, obwohl denen momentan unsere Siegerländer Kollegen mancherlei Lehren für die Zukunft ziehen können.

Die Forderungen waren es, um die der Kampf geführt wurde: 1. Die Verbesserung der bisher üblichen 10½-stündigen Arbeitszeit auf eine solche von 10 Stunden. 2. Schaffung eines Arbeiterausschusses. 3. Eine Lohnherhöhung von 15%. Die Verbesserung und die Durchführbarkeit dieser Forderungen ist in wenigen Sätzen nachzuweisen. Bei der Verbesserung der Arbeitszeit hat die Firma nicht im geringsten Schaden, weil sämtliche Arbeit in Alsfeld verrichtet wird, und nachgewiesenermaßen bei verkürzter Arbeitszeit auch die Leistungsfähigkeit der Arbeiter steigt. Die Schaffung eines Arbeiterausschusses verursacht für die Firma keinerlei Mehrkosten. Außerdem ist der Arbeiterausschuß aber eine Institution, die bei richtiger Wirklichkeit für beide Teile nur von Nutzen sein kann. Die Forderung nach einer 15%igen Lohnherhöhung ist ebenfalls berechtigt. Vor mehreren Jahren mussten sich die Dreher einen Akkordabzug von 20% gefallen lassen, ohne daß bis heute eine Verbesserung stattgefunden hätte. Dagegen sind die Gewinne der Firma in den letzten Jahren sehr stark, und zwar über 50% gestiegen.

Die Forderungen der Walzengießerei wurden auch nicht abgelehnt, weil sie unberichtigte oder un durchführbar waren, sondern — das ist der springende Punkt — weil die Organisationen dahinterstehen und anderseits, weil die Unternehmer in ihrer vertraulichen Sitzung in der „Erholung“ zu Siegen die Ablehnung beschlossen hatten. Das hat Herr Director Garg wiederholt zum Ausdruck gebracht. Dieselben Unternehmer, die mit allen Mitteln die Arbeiter aus der Organisation trennen zu halten suchen, treten sofort zu gemeinsamen Verhandlungen und gemeinsame in Vorbereitung zusammen, wenn die Arbeiter eines Betriebes sich erlauben, ihrer Werksleitung Forderungen zu unterbreiten. Damit haben die Siegerländer Industriellen ihre Behauptung, daß sie nicht organisiert seien, selbst widerlegt.

Die Arbeitervorganisationen sind den Metallindustriellen des Siegerlandes ein Greuel. Kein Mittel wird unverzüglich gelassen, um sie zu vernichten. „Tretet zuerst aus der Organisation aus, dann wird alles bewilligt!“ Diese Worte, die Director Garg zu einigen auf Streikposten stehenden Kollegen sprach, beleuchten grell die Situation. Die Siegerländer Metallarbeiterföderation hat deshalb alle Ursache, dem Schriftmacherischen zu seinem Entgegenkommen bereiten organisierten Unternehmen gegenüber unausgesetzt ihre Organisation aufzubauen und zu stärken, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Von dem „guten Willen“ der Arbeitgeber ist kein Entgegenkommen zu erwarten. Das ist die eine Lehre, welche wir aus dem Streik bei Peipers & Co., den ersten in der Siegerländer Metallindustrie, zu ziehen haben. Diese Lehre muß um so mehr beherzigt werden, als neuerdings das System der schweren Ratten im Siegerlande schief gehandhabt wird.

Die Kollegen hatten sich während der 7 Wochen des Streiks mutigst gehalten. Der Streik wäre in 8 Tagen erledigt gewesen, wenn alle diejenigen, welche zuerst die Kündigung unterzeichnet hatten, auch nachher aus dem Betrieb herausgegangen wären. Gerade die Leute, welche in den Versammlungen vor dem Streik die aufgestellten Forderungen noch nicht weit genug gingen, waren die ersten, welche ihren kämpfenden Kollegen dadurch, daß sie weiter arbeiteten, in den Rücken fielen. Die Namen Freyje, Gertung, Maßbaum, Ahl, Beider sagen den Siegerländer Kollegen in dieser Richtung genug. Von auswärts und auch aus den Sieger-

länder Betrieben hat sich nicht ein einziger Streikverbrecher gefunden, trotz aller Bemühungen der Werksleitung. Nur so mehr ist zu bebauen, daß gerade in dem Moment, wo der Erfolg vor der Türe stand, einige der Streikenden sich bewegen ließen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Hubold und Friedr. Wagner, Groß, Braun, alle aus Siegen, sowie Rothendorfer aus Siegen und Fenster aus Weidenau sind die Männer, die sich von den Angestellten des Werkes bearbeiten ließen, ohne jede bindende Zusage bezüglich der aufgestellten Forderungen wieder in den Betrieb hineinzugehen. Der Betriebsführer Busch der Werkmeister Krämer, der an der Spitze der Siegener Drittsgruppe des Werkmeisterverbandes steht, und der Werkmeister Meier, der früher, als er noch Arbeiter war, recht rabiate Forderungen vertrat, gingen in die Wohnungen der Streikenden, um sie und deren Angehörigen entsprechend zu bearbeiten. „Sobald der Streik beendet ist, wird alles bewilligt“ wurde den Leuten bei dieser Gelegenheit immer wieder gesagt. Das zeigt!

Gebenher versuchte man dann auch noch, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. In den Siegener Tageszeitungen erschien mehrere Nummern hindurch ein Inserat „Zur Ausklärung über den Streik bei Peipers & Co.“ betitelt, welches von Unrichtigkeiten sprach, und „die arbeitenden Dreher“ unterzeichnet war. Welchen Wert diese „Ausklärung“ hatte und woher sie in Wirklichkeit stammte, geht wohl am besten daraus her, daß das Manuskript mit der Schreibmaschine hergestellt war und von dem ersten Buchhalter der Firma Peipers & Co. den Expeditionen der Bestellungen überbracht wurde. Ferner sei noch bemerkt, daß die Insertionszettel rund 100 Ml. betrugen, die doch sicherlich nicht von den braven Arbeitswilligen aufgebracht worden sind. Verschiedene Arbeitswillige sollten am Abend der ersten Veröffentlichung des Inserats nicht schlecht erstaunt gewesen sein, als sie das von den „arbeitenden Drehern“ unterzeichnete Machwerk zu Gesicht bekommen haben. Das ist wieder ein typisches Vorspiel dafür, zu welchen Diensten diese müstlichen Elemente gebraucht, oder besser gesagt, missbraucht werden.

Nun noch ein Wort über die Haltung der Behörden während des Streiks. Die Polizeibehörde stand von Anfang an auf Seiten der Werksleitung. Gleich in den ersten Tagen wurde die Fabrik von einem polizeilichen Doppelposten bewacht. In der letzten Woche waren des öfteren 7–10 Polizeibeamte nebst einem Polizeihund und einem Wachtmeister vor dem Fabrikgebäude versammelt, die scharf auf jede Menge der Streikenden und der sich beim Arbeitsabschluß versammelnden Leute Obacht gaben, trotzdem nicht das geringste passiert ist, was der Behörde hätte Unrat zum Einschreiten geben können! Einige Polizeibeamte gingen in den unteren Bureauämtern der Firma Peipers ein und aus, und der Herr Wachtmeister beschäftigte in höchsteigen Person die Dreher. Das aber einige Arbeitswillige Meister bei sich trugen, scheint der Polizeibehörde unbekannt geblieben zu sein. Der Postzeisergeant Stähler hat verschiedentlich Versuche gemacht, um einige Streikende zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Ganzlich einer Untersuchung, die auf dem Rathause stattfand und zu der auch verschiedene Streikende geladen waren, erklärte der Herr Wachtmeister einem der letzteren gegenüber, daß im Hinblick auf die bei Peipers zahlende Lohn von 7,80 Ml. pro Tag (der Lohn existiert natürlich nur in der Phantasie des Wachtmeisters. Da es) der Streik unberechtigt sei. Als wenn der Wachtmeister dazu berufen wäre, über die Berechtigung oder Nichtberechtigung des Streiks ein Urteil abzugeben! Das mag er ruhig anberanzen, dazu geeigneteren Leuten und vor allen Dingen den Streikenden selbst überlassen.

Nicht unermündlich darf das Verhalten des Herrn Bürgermeisters Eitius bleiben. Die Streikenden beantragten, am 5. Juli bei dem genannten Herrn in seiner Eigenschaft als Vorsteher des Gewerbegeichts, daß letztere als Einigungsaamt in Tätigkeit zu setzen, nachdem diesbezügliche Antragen der Gewerbegeichtsbeamten aus dem Unterstande ohne Erfolg geblieben waren. Weil jede Antwort ausblieb, erklärten sich die Streikenden am 12. Juli auf dem Rathause nach dem Stande der Angelegenheit. Und siehe da, daß Schreiben der Streikenden lag noch vollständig unlesbar bei den Älten. Es waren noch letzte Schritte in der Sache unternommen worden. Erst am 21. Juni kam dann, mit dem Befehl „Gilt“ versehen, (1!) der Bescheid, daß die Firma es ablehne, vor dem Gewerbegeicht eine Einigung zu suchen. Das ist ein Vorgang, der einzig bestehen dürfte, und zu mancherlei Schülssen berechtigten Umlauf gibt.

Der Streik bei Peipers und Co. hat der Siegerländer Metallarbeiterföderation auf das Deutlichste gezeigt, daß von den Industriellen im Guten nichts zu erwarten ist. Alle, auch noch so berechtigte Wünsche und Forderungen werden einfach abgelehnt. „Wir haben zu befürchten, und ihr habt zu gehorchen“. Das ist der Grundsatz des Siegerländer Unternehmertums. Auch die Behörden haben sich, wie vorhin gezeigt, einseitig auf den Standpunkt der Unternehmer gestellt. Um die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen, gibt es nur ein Mittel: Die Stärkung der Organisation!

Wohlan denn, ihr Siegerländer Kollegen! Sorgen wir dafür, daß unsere Reihen immer mehr gestärkt werden. Arbeiten wir, jeder an seinem Platz, solange, bis sich der letzte Siegerländer Metallarbeiter der Organisation angeschlossen hat und so zum Mästner für unsere gerechte Sache geworden ist. Hinein in die Organisation! Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband! Das muß die Antwort der Arbeiterschaft auf das Verhalten der Unternehmer und gewisser anderer Leute während des Streiks bei Peipers u. Co. sein.

Düsseldorf. In unserem letzten Bericht (Siehe Nr. 31) besprachen wir die Umgebung des Unternehmerverbandes der beschloß, den Maschinenfabriken und Eisengießereien den vollen Schutz des Verbandes anzubieten zu lassen. Dabei haben in dieser Woche wiederum eine Reihe von Werken die Forderungen der Arbeiterschaft bewilligt, so daß nicht mehr viel für den Unternehmerverband häufig bleibt. 23 Betriebe mit über 2500 Arbeitern sind zu den neuen Bedingungen beschäftigt. Nur in einigen scheinen sich Differenzen zu ergeben. Bei der Firma Geb. Bönsen & Math. wurde der zu Unrecht gefündigte Schlosser beim Chef vorstellig, der ihn abwies. Die Arbeiterschaft antwortete mit der allgemeinen Überstundenverweigerung. Darauf kündigte die Firma 35–40 Arbeiter. Die Arbeiterschaft beschloß hierauf allgemein die Kündigung einzutreten. Dieses ist geschehen. Bei der Firma de Fries, Werkzeugmaschinenfabrik, haben 230 Formarbeiter, Dreher und Maschinenarbeiter die Arbeit eingestellt. Die anderen noch beschäftigten Arbeiter werden einzeln ausgewählt. zunächst verzog die Firma, durch Beurlaubung oder nach Abschließen zu einer Streitversammlung, durch einige gelauft. Elemente eine nachmalige Abstimmung her-

beizuführen, nachdem ihr eine Abstimmung ihr Betriebe nicht gelungen ist. Der gut eingesetzte Plan schiedete. Im Streik befanden sich die Arbeiter des Eisenwarenwerkes, jedoch konnte die Firma schon nach einigen Tagen die kleinen Forderungen vollständig bewilligen. Ernstere Differenzen, die zur Kündigung führten, bestehen noch bei der Firma Schieß, Werkzeugmaschinenfabrik, wo 270 Formarbeiter, Gießereiarbeiter und die Dreher die Kündigung eingereicht haben. Ferner bei Braun und Blöhm, Losenhausen, Sack-Math, Schenk-Liebe-Harkort und Habersang und Binsen.

Der Arbeitgeberverband ist nun mit einer neuen Erklärung an die Öffentlichkeit getreten. Dieselbe lautet:

„Die gestern (29. 7. 11.) in Düsseldorf versammelten Düsseldorfer Maschinenfabriken und Gießereien sprachen dem Arbeitgeberverband für den Bezirk der noch nicht gründlichen Gruppe des Berliner Deutschen Eisen- und Stahlindustrieller ihren besten Dank für den ihnen zugesicherten Schutz des Verbandes aus. Sie versichern, daß sie in dem ihnen von den Gewerkschaften aufgedrungenen Kampf allen ungerechten Forderungen mit größter Entschiedenheit entgegentreten werden.“

Wenn man den „ungerechtfertigten Forderungen“ der Gewerkschaften entgegentreten will und uns die eingereichten Forderungen bewilligt, dann werden wir ganz gut miteinander auskommen. Die Arbeiterschaft will nur die bekannten gerechtfertigten Forderungen bewilligt haben, dann ist die Bewegung beendet. Man versucht jedoch in dem Organ der Unternehmer „Düsseldorfer Zeitung“ Nr. 893), eine Darstellung der Bewegung zu geben, die nicht der Wahrheit entspricht. Nachdem man die Forderungen nochmals an der Spitze des Artikels besprochen, wird folgendes geschrieben:

„Bei einer Anzahl Betriebe deckten sich die bestehenden Arbeitsverhältnisse bereits mit den beiden Hauptforderungen. Damit war aber nicht hinreichend Grund gegeben, nun auch bei allen übrigen die Verkürzung der Arbeitszeit und die besondere Verzahlung der Überstunden einzuführen. Denn gerade diese beiden Momente sind zu sehr abhängig von der Eigenart der einzelnen Betriebe, als daß sie ganz allgemein geregt werden können. Infolgedessen führen die zwischen den Arbeitern und ihrer Werksleitung geplogenen Verhandlungen zum Teil zur Einigung schon nach kurzer Zeit. Aber auch dort, wo durch die inneren Verhältnisse ihrer Fabrik veranlaßt, die Arbeitgeber keine Zugeständnisse machen konnten, schien die Bewegung zunächst keine ernstere Formen anzunehmen. Das Bild änderte sich aber, als die Gewerkschaften antraten, ihre wirkliche Absicht zu entfalten. Trotz der gemachten Zugeständnisse und trotz der den aufgestellten Forderungen schon entsprechenden Arbeitsverhältnisse einzelner Werke verlangten die unter Einfluß der Gewerkschaften handelnden Arbeiter gerade bei diesen Fabriken eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden. Damit zeigten die Gewerkschaften, daß es ihnen nicht darum zu tun war, mit der Durchsetzung der Forderungen das materielle Wohl der Arbeiter zu fördern, sie wollten einzig und allein die Düsseldorfer Maschinenfabriken und Gießereien unter ihren Willen zwingen. Es entstehet nicht eines klimatischen Vergleichsmäß, daß die Gewerkschaften im Gegensatz zu den von ihnen gegebenen Begründung wonach die heute an die Arbeitskraft gestellten höheren Anforderungen das Verlangen nach Verkürzung der Arbeitszeit rechtfertigen, bei der Maschinenfabrik Sack die Forderung stellen, die sieben- und fünfzehnstündige wöchentliche Nachschicht, die bis jetzt sechsmal in der Woche gefahren wurde, auf fünf Nächte zu ver-teilen.“

Wenn hier behauptet wird, daß bei einigen Firmen die neunstündige Arbeitszeit verlangt wird, so ist uns hier von nichts bekannt, die Behauptung ist ihm unverständlich. Bei diesen Werken betrug sowohl die Arbeitszeit 10 Stunden, wie nach der Lohnberechnung 10 Stunden zugrunde gelegt wurden. Die Firmen wollen nun wohl verfügen, jedoch Pausen, die bisher nicht bestehen, einzuführen. Dies wird von der Arbeiterschaft nicht gewollt, sie will den Betrieb um eine halbe Stunde früher verlassen. Gleichfalls soll der bestehende Lohn um 5 Prozent erhöht werden. Die betreffenden Firmen wollen jedoch der Lohnberechnung vor wie nach 10 Stunden zu Grunde legen. Ferner entspricht es nicht der Wahrheit, daß bei der Maschinenfabrik Sack die 57-stündige Arbeitszeit der Nachschicht in sechs Schichten geleistet wird. Bislang wurden dort in jeder Nachschicht 11½ Stunden gearbeitet, mithin in sechs Schichten 69 Stunden geleistet. Dies wollen die Arbeiter so geändert haben, daß die Nachschicht nur 6 Schichten à 11½ Stunden arbeitet, mithin wirklich 57 Stunden Arbeit pro Woche geleistet wird. Die Nacht vom Samstag auf Sonntag soll nicht gearbeitet werden. Die Firma beabsichtigt nun nachts Pausen einzulegen und während diesen die Maschinen laufen zu lassen. Die Bedienung der Maschinen soll durch die Vorarbeiter erfolgen, jedoch würde recht bald die alte Arbeitszeit wieder einreihen.

Die „Düsseldorfer Zeitung“ stellte von Anfang an die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit als belanglos hin, wie schief ihr vorherrschendes Urteil ausgefallen ist, beweist die große Anzahl der Werke, die bisher schon bewilligten. Der Verlauf der Bewegung wird auch jenen Kreisen schon gezeigt haben, daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung für Düsseldorf spruchreif ist und auch in berechtigter durchführbarer Form keinen Nachteil für die einzelnen Werke bedeutet. Möglicherweise kann dies später eine Einigung zustande kommen.

\* \* \*

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzulenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Düsseldorf. Die Eisengießerei der Firma Schwarz ist für Formarbeiter gesperrt.

Schloß-Holte. Auf der „Holter Eisenhütte“ (Inh. Dr. H. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Zugang von Beschäftigten, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Danzig. Auf der Seeschiffswerft F. Schichau ist Streik ausgebrochen. Zugang von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalten.

Sendenhorst i. W. In den Sendenhorster Emailierwerken sind Differenzen ausgebrochen.

Minden-Bösperde. Die Drahtweber, Drahtzieher, (Groß- und Feinzieher) und die Metalldrucker der Firma „Neuwalzwerk“ stehen im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Minden. Bei der Firma „Minden-Drahtwerke“ stehen die Feinzieher wegen Lohnabzügen in Rücksicht, Zugang ist fernzuhalten.

Dortmund. Der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes, Moritzstraße 1, ist für sämtliche Berufe gesperrt.

Ciegen. Über die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Verzinkerei ist die Sperre verhängt.

Leipzig. Die Arbeiter in den Gelbgießereien stehen zwecks Durchführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen im Streik. Der Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig beschloß ab 5. August 60 Prozent sämtlicher Metallarbeiter auszusperren. Zugang ist fernzuhalten.

Willingen, (Kreis Nees). Auf dem Buddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Missständen im Streik. Zugang von Buddlern und Walzwerkarbeitern ist fernzuhalten.

Osnabrück. Auf dem Osnabrücker Stahlwerk haben die Arbeiter der Dreher, Schmiede, Preßwerk, Maschinenbau, Elektrischen Abteilung und Reparaturwerkstatt wegen Lohndifferenzen die Rücksicht eingebracht. Zugang von Metallarbeitern jeden Berufes nach Osnabrück und der Georgsmarienhütte ist fernzuhalten.

Peen. Über die Firma A. Schreiber ist die Sperre verhängt. Zugang ist fernzuhalten.

Mehd. Über die Firma Max Schorch ist die Sperre verhängt.

Dortmund-Annen. Über die Gießerei der Firma Krupp in Annen wurde wegen rigoroser Behandlung der Formarbeiter und willkürlicher Arbeiterentlassungen die Sperre verhängt.

Köln. Die hiesigen Klempner, Installateure und Elektromontierte stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Hannover. Hier und in Linden stehen die Hus- und Wagenschmiede im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Hamm (Westf.). Die Klempner bei der Firma Merten u. Etod, Drensteinfurt, haben zwecks Verteidigung des Koalitionarechts die Rücksicht eingebracht. Zugang ist streng fernzuhalten.

W.-Gladbach. Bei der Firma Scheidt und Bachmann sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma hat 200 organisierte Arbeiter gefündigt. Der Betrieb ist für Metallarbeiter aller Art gesperrt.

Worms-Ellerfeld. In der Metallindustrie hier selbst und der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zugang ist streng fernzuhalten.

Schwelm. Bei der Firma Schubel stehen sämtlichen Arbeiter zwecks Abstellung von Missständen und Abschluß eines Tarifs im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Tülich. In der Maschinenfabrik Breuer sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Formern ist fernzuhalten.

Hagen i. W. Wegen Akkordreduzierung haben die Arbeiter der Firma Mittmann-Haipe die Rücksicht eingebracht. Zugang von Formern, Schlossern, Dreher usw. ist fern zu halten. — Der Betrieb der Firma Tesche ist für Schmiede, Dreher und Schlosser gesperrt. Die Kollegen haben die Rücksicht eingebracht. — Wegen Maßregelung eines Arbeiterauschusmitgliedes ist der Betrieb der Firma Nemy-Eckeley gesperrt.

Frankfurt a. M. Die hiesigen Spengler und Installateure stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Mugsburg. Der Streik der Baufischlosser ist ab 7. August mit Erfolg beendet.

## Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 13. August 1911 der dreieinhalb Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. August 1911 fällig.

Die Zahlstellen Elberfeld und Bochum haben die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Totalbeitrages von 20 Pf. statt bisher 15 Pf. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

## Aus dem Verbandsgebiet.

Trier. Endlich hat auch in der alten schönen Stadt Trier der christliche Metallarbeiterverband seinen Zugang gehalten. Trotzdem schon seit Jahren in Trier eine Anzahl blühender Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften bestehen, konnten sich die Metallarbeiter lange nicht dazu ausschwingen, sich ebenfalls einer starken Berufsorganisation anzuschließen. Die Folge dieses gewerkschaftlichen Indifferenzismus war, daß die Löhne der Bauarbeiter, Holzarbeiter etc. in Trier infolge der Tätigkeit dieser Arbeiter in ihrer Berufsorganisation um 10 bis 20 Pf. pro Stunde gestiegen sind, wohingegen die Löhne der Metallarbeiter stehen blieben. Im Monat Mai h.s. J.S. endlich schlossen sich ungefähr 13 Klempner und Installateure dem christlichen Metallarbeiterverband an. Inzwischen sind aus diesen 13 nun 80 Mitglieder geworden.

Hoffentlich gelingt es dem Agitationsteifer des Vorstandes, die Vertreutensleute und den einzelnen Verbandskollegen, die Mitgliederzahl weiter zu steigern, damit auch für die Metallarbeiter in Trier bald praktische gewerkschaftliche Arbeit geleistet werden kann. Also, ihr Kollegen von Trier, „unaufhaltsam vorwärts!“ muss jetzt unsere Parole sein.

Olberg. Die Leitung der hiesigen „Olberger Hütte“ von Kapfar E. C. Oppen glaubt anscheinend immer noch, sich auf die eine oder andere Art an den bei ihr beschäftigten Arbeitern zu reiben zu müssen. Anders sind tatsächlich eine Reihe Portominiere aus der letzten Zeit nicht aufzufassen. Was soll man z. B. davon sagen, wenn ein Arbeiter, der doch nur das bezahlt bekommt, was er angefertigt hat, noch obenrum bestraft wird und zwar mit 1,50 M., weil er, nach Ansicht der Betriebsleitung, nicht genügend fertiggestellt hat.

Als wenn es nicht auch dem Direktor der Olzberger Hütte, trotz gutem Willen, schon einmal passiert wäre, daß er an einem Tage weniger geleistet hätte, wie an einem anderen. Es ist geradezu unerhört, einen Mann deswegen zu bestrafen, trotzdem ihm nicht die geringste Schuld an der Mindestleistung nachgewiesen werden kann — ihm nur das Malheur passierte, wie so vielen andern vor ihm sicher auch noch vielen nach ihm, daß die Arbeit einmal nicht besonders klappen wollte. Was soll man weiter davon sagen, wenn ein Kollege morgens plötzlich zur Arbeit kommt, sich nicht gut fühlt, ordnungsmäßig um Urlaub anfragt, der ihm dann auch anstrenglos erlaubt wird — und dann der betreffende Kollege bei der nächsten Lohnzahlung mit 2 M. bestraft wird: „Wegen Unfähigkeit zur Ausübung der Arbeit infolge Krankheit.“ (1) Soll man etwas beratigst überhaupt für möglich halten? Der Arbeiter am Schmiede wurde mit 2 M. bestraft, weil angeblich das Eisen zu warm war. Diese Bestrafung war später der Werksleitung selbst wohl zu ungewöhnlich, weil sie diese Bestrafung als nicht geschehen hinstellen wollte.

Es wäre auch die höchste Zeit, daß die Gewerbeinspektion sich einmal mögt um die Zustände in der Olzberger Hütte bekümmerne. Wie die Arbeiter wissen wollen, hat die Gewerbeinspektion schon vor langer Zeit angeordnet, daß um den freiliegenden Abente an der Sandmühle eine Schutze gegeben werden müsse — bis heute fehlt die Kette immer noch. In der Gießerei werden jetzt ziemlich große Maschinenstücke hergestellt, zu deren Transport weder der vorhandene Kran, noch die benutzten Ketten genügen. Die Arbeiter machen darauf aufmerksam — einmal schwachte deswegen schon eine Kolonne Arbeiter in Lebensgefahr —, aber alles bleibt beim alten. Es ist die höchste Zeit, daß hier seitens der Königlichen Gewerbeinspektion nach dem Rechten gesehen wird; oder soll hier auch wieder erst das Kind ertrinken, ehe der Brunnen zugedeckt wird.

Auch um die sonstigen gesetzlichen Bestimmungen scheint man sich auf der Olzberger Hütte wenig zu kümmern. Der Meister Fuchs ging am Sonntag, den 16. Juli nachmittags 4 Uhr zur Hütte, um dort zu arbeiten und am Sonntag, den 23. Juli arbeitete er sogar während des Hauptgottesdienstes. Wahrscheinlich eine sehr sonderbare Art von Sonntagsheiligung.

Neuerdings scheint die Werksleitung der Olzberger Hütte noch schärfere Seiten gegen die Arbeiter aufzuhören zu wollen. Am Montag, den 24. Juli, wurde plötzlich ein Formular entlassen mit der mehr wie sonderbaren Begründung, die von ihm gefertigten Sachen hätten alle wieder umgegossen werden müssen. Nun ist aber allen Arbeitern bekannt, daß der entlassene Formular ein durchaus tüchtiger Arbeiter ist und daß nicht die von ihm, sondern die von dem oben genannten Meister Fuchs gefertigten Sachen wieder umgegossen werden mussten. Entweder hat dies die Werksleitung getan oder aber Meister Fuchs hat der Werksleitung umso mehr berichtet; beides wäre gleich verwerflich.

Zehnmal dienen alle diese Dinge nicht zur Förderung des sonst von der Hütte so gelobten friedlichen Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, sondern müssen natürgemäß bei den Arbeitern eine hochgradige Erregung hervorrufen. Wenn diese dann heute oder morgen in irgend einer Form zum Ausbruch kommt, was wir im Interesse der Allgemeinheit nicht hoffen, tritt die Leitung der Olzberger Hütte allein die Schuld.

**Barmen.** Reges Leben herrscht überall, auch hier im Wuppertal ist es seit einigen Wochen recht lebendig geworden. In den meisten Betrieben der Metallindustrie ist die Arbeiterschaft sich darüber einig, daß auch für Elberfeld-Barmen und die nächste Umgebung eine geregelte Arbeitszeit erlangt werden muß. Zu diesem Zweck fanden in der Zeit vom 26. Juni bis 8. Juli annähernd 50 Betriebsversprechungen statt, die zu dieser wichtigen Frage Stellung nahmen. Das Resultat der Besprechungen war der Beschluss, in allen Betrieben die Verkürzung auf Neuregelung der Arbeitszeit nebst einer entsprechenden Lohnverhöhung einzurichten. Der bergische Unternehmerverbund hatte eine mehrmalige Eingabe bezw. Anfrage völlig unbraucht gelassen und sich auf feierliche Verhandlungen mit den Organisationsvertretern eingelassen. Dass die Verhandlungen der Arbeiter vollberechtigte sind, erhellt aus der Tatsache, daß es hier im Tal Betriebe gibt, die schon längere Zeit 56, 56½ und 57 Stunden pro Woche arbeiten und doch ebenso viel verdienen und ebenso konkurrenzfähig sind, wie früher bei 60stündiger Arbeitszeit pro Woche. Trotzdem glaubt aber ein Teil der Unternehmer, den Arbeitern nicht entgegenkommen zu sollen. Aus diesem Grunde scheint es, als sollten die geringfügigen Verhandlungen der Arbeiter zu ernsten Differenzen führen. Alle unsere Versuche, eine friedliche Verständigung herzustellen, scheiterten bisher an der ablehnenden Haltung des Arbeitgeber.

Angesichts dieser ersten Situation hielt unsere Versammlungsstelle am 16. und 23. Juli gut besuchte Generalversammlungen ab. Bei Besprechung der Situation wurde auch die Beitragsfrage erörtert; alle Anwesenden waren sich klar darüber, daß die jetzige Situation für uns eine eindringliche Mahnung für die Notwendigkeit generalstaatlicher Opferwilligkeit und Opferfreudigkeit sei. Der Autzug eines Kollegen, den Volksbeitrag für die Dauer des Kampfes um 15 Pfsg. pro Woche zu erhöhen, fand eine große Majorität. Nach eingehender Aussprache beschloß dann die Versammlung am 23. Juli den Volksbeitrag auf 20 Pfsg. die Woche festzusetzen und zwar ab 29. Juli d. J.

Kollegen von Barmen! Durch euer Vorgehen habt ihr bewiesen, daß ihr den Wert der generalstaatlichen Organisation erkannt habt und auch gewußt seid, diejenigen Opfer zu bringen, die die gewerkschaftliche Arbeit nun einmal erfordert. Ein jeder von uns sei aber auch jetzt auf seinem Posten. Es gilt noch manche Hindernisse hinwegzuräumen, noch manchen Lämen und Gleichgültigen aufzurütteln und zur Mitarbeit in der Organisation zu gewinnen. Also an die Arbeit, unser Ziel entgegen; beharrlicher Arbeit winkt der Erfolg als sicherer Preis.

**Singen a. S.** Vor einigen Wochen fand im benachbarten Rheydt eine von unserer Seite einberufene öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Er sing-Karlsruhe über die Reichsversicherungsordnung sprach. Dieser, sowie Arbeitersektor Witz, legten dem in der Versammlung anwesenden sozialdemokratischen Reichstag-Kandidaten Großhans-Königstein schrift zu, weil dieser den schändlichen Arbeiterschutz der Sozialdemokratie bei der Neuregelung der Arbeiterversicherungsgesetze zu verteidigen wagte. Großhans kündigte eine Gegenversammlung an, die merkwürdigweise nicht nach Rheydt, sondern nach Singen einberufen wurde. Da wir zu-

Versammlung eingeladen wurden, gingen unsere Kollegen in großer Anzahl hin. Großhans behandelte die Reichsversicherungsordnung an Hand der Berichte, die sozialdemokratische Tageszeitungen gaben, und daß da nichts Geschehen ist, läßt sich denken. Er stellte einfach unwahre Behauptungen auf, um daraus seine Anklagen gegen die christlichen Gewerkschaften aufzubauen. Die Kanone ging aber nach hinten los. Dem Genossen Großhans wurde von unserer Seite bestimmt zugestellt, daß einem der arme Kerl leid tun konnte. Zuerst sprach Arbeitersekretär Witz, der die äußere Situation bei Beratung der Reichsversicherungsordnung zeigte und die grundständige Stellung der Sozialdemokratie zur Sozialpolitik trennend kennzeichnete.

Nun kam man höre und stanne, nicht etwa ein Genosse, nein — Herr Meghäuser, ehemals Redakteur am Correspondent für Deutschlands Buchdrucker (heute an der fortschrittlichen Neuen Konstanzer Abendzeitung), um in seiner Art über christliche Gewerkschaften, Karl Marx, Zentrumspartheid und so weiter auch über die Reichsversicherungsordnung zu reden. Er stellte sich der Versammlung als ein erschrockener Gewerkschafter vor — ich habe Erfahrung, ich urteilte objektiv, ich sehe die christlichen Gewerkschaften, und so reiste sich ein „ich“ an das andere. Dabei kam es ihm aus einige Schnüre mehr oder weniger nicht an. So sagte er auch — die christlichen Gewerkschaften geben selbst zu, daß sie Zentrumsorganisationen sind. Als er gefragt wurde, wo dies geschehen sei, da sagt er sprachlos da. Dann kam Kollege Er sing-Karlsruhe, der zuerst Herrn Meghäuser die Urteile einiger sozialdemokratischer Tageszeitungen über ihn und seine Methode vor Augen hielt. „Meg“ wurde darum ganz nervös und verlangte eine Gegenversammlung, zu der wir ihn einladen sollten. Das kann nett werden. Herr Meghäuser scheint der Meinung zu sein, daß wir am Boden eben nicht wissen, weshalb Großhans er ist. Da läuft er sich aber. Dann wies Kollege Er sing die Unwahrheiten des Genossen Großhans Punkt für Punkt zurück. Das gelang ihm um so leichter, als Großhans diese schwierige Materie auch nicht im entsetztesten beherrschte. Die Genossen lagen in eine helle Wit, als sie diese moralische Niederlage über sich hereinbrechen sahen, und da griffen sie zu dem altbekannten sozialdemokratischen Mittel — Nie der biss! für den Gegners. Diese Vergeßlichkeit ließen wir uns aber nicht gefallen, und unter stürmischen Hochrufen auf die christlichen Gewerkschaften verließen wir in einer Stärke von 100 Mann den Saal, die verbunt dreinschauenden Genossen allein lassend.

Kollegen, nun gilt es, die gegebene Situation anzutunzen und mit aller Kraft an der Werbung neuer Mitglieder zu arbeiten. Hierzu gebrauchen wir viele Mitarbeiter. Darum: Freiwillige vor die Front!

**Köln-Troisdorf.** Endlich haben sich auch die Kollegen von Troisdorf aufgeräumt zur Gründung einer eigenen Zahlstelle. Am Sonntag den 22. Juli fand die erste Versammlung statt im Restaurant „Zur Sonne“ in Oberlar. Kollege Zillekens aus Köln leitete die Versammlung ein mit einem Vortrage. Er sprach über Zweck und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften, wies insbesondere auch auf den Wert einer gut geleiteten Zahlstelle hin und gab uns die entsprechenden Anweisungen. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag fand die Wahl des Vorstandes statt. Das Resultat ist folgendes: Vorsitzender: Wilh. Unterstell, Kassierer: P. Müller, Schriftführer: H. Voermann. Kollegen von Troisdorf und Umgebung! Ihr Euch liegt es nun, nützbarkeiten und das Begegnen weiter auszubauen. Gerade in dieser Gegend ist eine stark Organisation nötig, werden doch hier noch Löhne von 2,75 bis 3,— M. an verheiratete Leute bezahlt. Kein Wunder, wenn das Überstundentumachen geradezu Gewohnheit ist. Kollegen, hier muß eingesetzt werden. Unbedingt wollen wir tätig sein, bis auch der letzte Mann für den christlichen Metallarbeiterverband gewonnen ist. Leider muß ja gesagt werden, daß die Arbeiterschaft von Troisdorf und Umgebung den Gewerkschaftsgegenden noch nicht in nötigen Maße erfaßt hat. Aber, wenn wir mit Mut und Ausdauer an die Arbeit gehen, dann wird es uns gelingen, die Kollegen davon zu überzeugen, daß nur im Zusammenschluß, vereinigt mit Opfergeist und Idealismus unser Nutzen, unsere Besserstellung möglich ist. Also auf, Kollegen! Frisch gewagt, ist halb gewonnen, arbeiten wir unausgesetzt an der weiteren Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, dann wird auch für die Troisdorfer Arbeiterschaft eine bessere Zeit kommen.

**Geisweid.** Schon seit längerer Zeit arbeiten die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Stilien mit Hochdruck um ihre Rückwärtbewegung im Siegerland aufzuhalten. Da es den Genossen hier nicht möglich ist, eine größere Versammlung zusammen zu bringen, so versuchen sie ihr Heil mit allerhand Mitteln. So verbanden sie vor einiger Zeit Einladungsschreiben mit folgendem Wortlaut:

Deutsche Kollegen! Im Montag, den 24. Juli 1911, abends 8½ Uhr ist im Lokale des Herrn Kälteich, Langenau, eine Treppe hoch im Saal ein Vertretermann unseres Verbandes, der über die Einrichtungen unserer Organisation Auskunft gibt. Indem überreden wir dir ein Flugblatt, in welchem die Leistungen des Verbandes beschrieben sind; wir bitten den Inhalt einmal zu prüfen. Bei dem niedrigen Kandidatenfeld der Knapschafts- und Ortsräte kann kein Kandidat registriert, darum ist ein jeder Arbeiter, der seine Familie liebt, gezwungen, sich in eine zweite Kasse zu begeben. Der Metallarbeiterverband bezahlt aber nicht nur Kastengeld, sondern auch Arbeitslohnunterstützung, Rechtsfikus, Sterbegeld, bei Notfällen in der Familie, Unterstützung bei Auspferungen und Streit, wie aus dem Protokoll zu erkennen ist. Die Mitgliedszahl und das Vermögen des Verbandes bürgen für eine sichere Lage der gezahlten Beiträge. — Die Ortsverwaltung Siegen des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Es halten sich nun auch einige Kollegen in dem genannten Lokale ein, und der hiesige Kassierer der Genossen hielt ein kurzes Referat. Gleich zu Anfang seiner Ausführungen stellte er die Sache so hin, als wäre nur der rote Verband in der Metallindustrie vorhanden. Er sprach noch kurz über die großartigen Unternehmungseinrichtungen seines Verbandes und forderte dann zur Diskussion auf. Unser Kollege Förster nahm sofort das Wort, schäuberte kurz die augenblickliche Lage im Siegerland und nahm dann den roten Einladungsschreiben unter die Lupe. Er führte den Genossen klar vor Augen, wie sie die gewerkschaftlichen Ideale in den Staub ziehen und ihre Mitglieder von dem Hauptzweck der Gewerkschaften — Verbesserung der Lohn- und Arbeiterschaftsverhältnisse ablenken, und den Arbeitern — Unterstützungen — zum Hauptzweck machen. Aber gerade auf dem

Finanzgebiet hätten die Genossen doch alle Ursache, zu schwanken. Durch ihre unsinnige Übersparung des Unterstützungsvermögens brachten sie ihre Kassen an den Riß und verursachten sich selbst zur Insolvenz. Was würde wohl geschehen, wenn z. B. die 80 000 roten Metallarbeiter Berlins ausgesperrt würden. In kurzer Zeit wären die Kassen erschöpft und der ganze rote Verband lahmgelegt. Wir sehen bessere Zeiten über uns. Der rote Verband inszenierte heute nur kleine Geplänkel mit möglichst viel Tantam, um Mitgliedergewinn zu können. Redner wies dann noch auf die Doppelmonopol der roten Presse hin und führte als Vergleich die Prozesse von Badisch-Rheinselben und Köln-Düsseldorf an. Eisenburg, Pforzheim usw. waren Dinge, die den Genossen außerordentlich ungern hörten. Der Bezirksleiter Spiegel-Düsseldorf, welcher auf die Ausführungen unseres Kollegen antwortete, ging um die Sache herum, wie die Käse um den heißen Brei. Eine Finanzkalamität des roten Verbandes stellt er ohne weiteres ab. Bezuglich Pforzheim meinte er: „Da haben wir aber einmal einen (?) Kampf verloren.“ — Die Genossen haben geschenkt, daß hier für sie nichts zu holen ist. Dagegen schreitet unsere Sache ruhig und sicher vorwärts. Erlahmen wir nicht, nein, machen sich jeder Kollege aufs neue zur Pflicht, nicht eher zu rasten und zu ruhen, bis auch der letzte Metallarbeiter von hier, Buschhütten um Umgebung in unserem Verbande organisiert ist.

### Briefkasten.

Hier Beachtung für alle, die sich schriftlich in irgend einer Gelegenheit an die Zentrale wenden. Gebrauchte Briefe, Anfrage, Bestellung etc. muß die genaue Adresse: Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des betr. Absenders enthalten, andernfalls ist eine prompte Erfüllung seitens der Zentrale nicht möglich.

### Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Versäumt ohne reizigen Grund keine Versammlung!

**Samstag, den 12. August:**

Akenbörde. Abends 8.30 Uhr bei Preyer.

Bielefeld-Kabel. Abends 8.30 Uhr bei Schürmann.

Dortmund I. Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Peterstraße.

Dortmund-II. Abends 8.30 Uhr bei Engel-Voßum.

Herdecke. Abends 8.30 Uhr bei P. Schwarz.

Angerstadt. Abends 8 Uhr im kath. Vereinshaus.

Köln-Ehrenfeld. Abends 9 Uhr bei Körndorfer alle christlich organisierten Kollegen.

München. Abends 8 Uhr in der „Leopoldstadt“, Genefelderstraße.

Necklinghausen. Abends 7 Uhr bei Wallenbauer.

Stuttgart-Zuffenhausen. Abends 8.30 Uhr in der Traube.

**Sonntag, den 13. August:**

Ahlen i. W. Vorm. 11.30 Uhr bei Wegner.

Voßum i. u. II. Punkt 11 Uhr außerordentl. Vers. bei Lasch am Markt, Ecke Adolfsstr.

Dortmund-Barop. Nachm. 4 Uhr bei Nölle.

Dortmund-Lünen. Vorm. 11 Uhr bei Möllmann.

Dortmund-Werne. Nachm. 5 Uhr bei Tiefenborg.

Dortmund-Witten. Nachm. 4 Uhr Gewerkschaftsfest bei Middel, Auguststraße.

Düsseldorf-Gil. Vorm. 11 Uhr bei Gaakelev, Gumbergstraße.

Düsseldorf-Herdt. Vorm. 11 Uhr bei Daniels, Kreuzstraße.

Eisen-Ahendorf. Vorm. 11 Uhr bei Winkler, Ahendorferstraße.

Eisen-Bönen. Vorm. 11 Uhr bei Bünker, Hobenstr.

Eisen-Borbeck-Schönebeck. Vorm. 10.30 Uhr bei Möllhoff, Germaulbach.

Eisen-Borbeck. Vorm. 11 Uhr bei Wintershoff, Stroppenbergerstr. 74

Eisen-Berden. Vorm. 11 Uhr bei Pöbbig, Bornstr.

Eisen-Bottrop. Vorm. 11 Uhr bei Statzow, Steelerstr.

Eisen-Cleve-Montenre. Vorm. 11 Uhr im Rest „Zur Stadt Eversfeld“, Steelerstr.

Gelsenkirchen-Bulmke. Vorm. 11 Uhr bei Meschede.

Gelsenkirchen-Schalle. Vorm. 11 Uhr bei Wiegner.

Köln-Lindenthal. Morgens 11 Uhr bei Gaddeler, Bachemersstraße.

Köln-Merheim bei Kall. Morgens 11 Uhr bei Schnieder.

Köln-Nippes-Denmar. Mittags 1 Uhr bei Krein.

Köln-Dahlhausen. Vorm. 11 Uhr bei Scheldmann.

Köln-Dahlhausen. Nachm. 5 Uhr bei Wissmann, Langendreer.

Mülheim-Oberhausen-Sterkrade. Nachmittags 4 Uhr Generalsammlung der Ortsverwaltung bei Lemmerling, Oberhausen.

Ecke Königs- und Dippelstraße.

Recklinghausen-Ortsverwaltung. Nachm. 2 Uhr Generalsammlung mit Qua-

talbericht im Geschäftshaus.

Ober. Abends 8 Uhr bei Post.

Paderborn. Vorm. 11 Uhr für beide Sektionen.

Tulzbach. Vorm. öffentl. Versammlung. Ref.: Koll. Kourad.

Stettin. Nachmittags 4 Uhr bei Selskowsky.

**Montag, den 14. August:**

Eckelen. Abends 6.15 Uhr, außerordentlich wichtig; unorganisierte mitbringen.

Werl. Abends 9 Uhr bei Blethoff.

**Donnerstag, den 17. August:**

Dortmund II. Abends 8.30 Uhr bei Bergermann, Oestermarschstraße.

**Samstag, den 19. August:**

Augsburg. Abends 8 Uhr in der „Schiffenhalle“ Wintergasse.

Düsseldorf-Benrath. Abends 9 Uhr bei Lammerding, Mittelstraße.

&lt;p